

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Korrespondenten berichten:

Ulrich Schiller aus Washington
Dirk Sager aus Moskau
Klaus-Peter Schmid aus Paris
Karl Heinz Wocker aus London
Hermann Vinke aus Tokio

ISSN 0479-611 X

B 1/83

8. Januar 1983

Ulrich Schiller, Dr. phil., geb. 1926; Studium der Slawistik und Geschichte Osteuropas; Korrespondent der ARD in Belgrad und Moskau; z. Zt. Auslandskorrespondent der ARD in den USA.

Veröffentlichungen u. a.: Zwischen Moskau und Jakutsk. Die Sowjetunion im Wettlauf gegen die Zeit, 1970.

Dirk Sager, geb. 1940; Studium an der Freien Universität Berlin; von 1968—1974 Redakteur beim ZDF in den Sendereihen „Drüben“ und „Kennzeichen D“; 1974 Korrespondent des ZDF in der DDR, 1978 Korrespondent in Washington und seit 1980 Korrespondent in Moskau.

Klaus-Peter Schmid, Dr. rer. pol., geb. 1942; Studium der Volkswirtschaft in Heidelberg, München, Mannheim und Paris; 1970 Stipendiat an der Ecole Nationale d'Administration (ENA), Paris; von 1971 bis 1973 Wirtschaftsredakteur der ZEIT in Hamburg, danach Frankreichkorrespondent der ZEIT; seit September 1982 in gleicher Funktion für den SPIEGEL tätig; Theodor-Wolff-Preis 1977.

Zahlreiche Veröffentlichungen und Sendungen für Presse und Funk.

Karl Heinz Wocker, Dr. phil., geb. 1928; Studium der Germanistik, Anglistik, Geschichte und Politik; seit 1963 Hörfunk-Korrespondent des NDR und des WDR in London und Autor der Wochenzeitung „Die Zeit“.

Veröffentlichungen: Jenseits von Eton, 1971; Königin Viktoria. Eine Biographie, Düsseldorf 1978.

Hermann Vinke, geb. 1940; 1963—1970 Redakteur verschiedener Tageszeitungen; 1970—1981 Redakteur des NDR in Hamburg; seit September 1981 ARD-Hörfunkkorrespondent in Tokio.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion:

Dr. Gerd Renken, Dr. Klaus Wippermann, Paul Lang, Holger Ehmke.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstr. 61—65, 5500 Trier, Tel. 06 51/461 71, nimmt entgegen

— Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;

— Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 12,60 vierteljährlich (einschließlich DM 0,77 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;

— Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Amerika, hast Du es besser?

Als die Expertenstäbe und Redenschreiber das Manuskript für die Erklärung des Präsidenten zur Stationierung der MX-Raketen abgeschlossen hatten, da griff Ronald Reagan selbst noch zur Feder. Es war wenige Tage vor „Thanksgiving“ und Reagan schrieb, was er in dieser oder jener Form schon oft zum Ausdruck gebracht hatte: „Ich habe immer daran geglaubt, daß dieses Land für einen außergewöhnlichen Zweck zurückbehalten wurde, daß dieser großartige Kontinent von einem göttlichen Plan zwischen zwei Ozeane gestellt wurde, damit er von Menschen aus allen Ecken der Erde gefunden werde — von Menschen, die eine besondere Liebe zu Glaube, Freiheit und Frieden in sich hegen. Laßt uns“, so fügte der Präsident noch hinzu, „Amerikas Bestimmung zu Güte und gutem Willen erneut bekräftigen.“

Ronald Reagan denkt, schreibt und spricht solches Pathos ohne die geringste Schau, ohne den Anflug eines Bedenkens, ob dergleichen missionarische Lyrik auf andere Menschen und Völker vielleicht peinlich wirken oder gar als nationalistische Überheblichkeit mißverstanden werden könnte. Es ist in der Tat seine Überzeugung und seine Vision, daß Amerika, der Kontinent, den der Schöpfer bis zur Besiedlung durch die besten Menschen der Welt als Brachland zurückbehalten habe, zur Bewahrung und Mehrung des Guten in der Welt bestimmt sei. Soweit das Bewußtsein dieser Bestimmung und dieser Verpflichtung bei den heutigen Amerikanern durch widrige Umstände oder kleinmütige Selbstzweifel verloren gegangen ist oder in Vergessenheit geriet, ist es die Mission seiner Präsidentschaft, es wiederherzustellen und zu mobilisieren. Lou Cannon, der Autor der bisher gründlichsten Reagan-Biographie, äußert sogar die Vermutung, daß Reagan den glimpflichen Ausgang des Attentatsversuches vom März 1981 als göttlichen Fingerzeig versteht — eine Bewertung, die am besten die hohe Wahrscheinlichkeit erklären könnte, warum der am 6. Februar 72 Jahre alt werdende Reagan eine zweite Amtsperiode anstreben dürfte.

Deutlicher denn je muß er in der Hälfte seiner ersten Präsidentschaft erkennen, daß sich seine aus der Vergangenheit abgeleitete Vision für die Zukunft Amerikas schwer und schon gar nicht innerhalb von vier Jahren ver-

wirklichen läßt. Das, woran er in tiefster Seele glaubt, stimmt oft so nicht oder es ist nicht praktikabel. Daß der amerikanische Kontinent in der verklärenden Rückschau nur von großen Helden und hehren Idealen erobert und erschlossen worden wäre, wie Reagan sich selbst mit der Berufung auf Gottes eigenes Land und den „american dream“ immer wieder zu suggerieren scheint, gehört in die Welt des Schauspielers. Das Leben für die Masse der heutigen Amerikaner ist ja auch dadurch nicht besser geworden, daß der Präsident die Wurzel aller Übel in einem übermächtig gewordenen Staats- und Regierungsapparat erkannt hat, daß er die Steuern senken ließ, um den Staat vom Buckel des Bürgers herunterzuziehen. Auch sind die Haushaltsdefizite nicht im Schwinden begriffen, nur weil Ronald Reagan geglaubt hat, wohlfahrtsstaatliche Verschwendung und Betrügerien vor allem hätten die Ausgaben der öffentlichen Hand ins Unerträgliche aufgebläht.

Die „Reagonomics“, Reagans Wirtschaftsprogramme, erweisen sich im Zenit seiner ersten Amtsperiode als sein größter Fehlschlag, weil sie zuviel Verschiedenes auf einmal wollten. Aber nun leidet er unter dem Vorwurf und dem Verdacht, kein Herz zu haben für die Armen und Schwachen der Gesellschaft, fühlt sich mißverstanden und bittet um Geduld bei der Beurteilung seines Werkes. Er versteht die Zweifler und Kritiker nicht, die in seiner forcierten Rüstungspolitik etwas anderes als den besten Weg zum Frieden sehen, oder unterstellt gar, sie seien ferngesteuert vom sowjetischen Geheimdienst.

Dennoch ist Ronald Reagan zu Anpassungen fähig. Eine vom Kongreß befürwortete Erhöhung der Benzinsteuern, mit deren Erträgen über 300 000 Arbeitslose zur Ausbesserung der desolaten Autobahnen und Brücken beschäftigt werden sollen, hat immerhin seine Zustimmung gefunden. Auch hat er aufgehört, die Sowjetführer als Lügner und Fälscher zu charakterisieren und bescheinigt ihnen im Bereich der Rüstungskontrolle jetzt sogar ernste Verhandlungsabsichten; dies läßt auf die Bereitschaft zu stärkerer Differenzierung in der künftigen Gestaltung der Beziehungen zur anderen Supermacht schließen.

Ronald Reagan, darüber kann trotz allem kein Zweifel herrschen, übt auf die Amerikaner

und auf das Amerika unserer Tage einen starken Einfluß aus. Seine Erscheinung, seine Sprache und — ja vor allem — auch sein Pathos hinsichtlich Größe und Verpflichtung (die Mahnung zum Dienst am Gemeinwohl wird nie fehlen) Amerikas entsprechen noch immer den Vorstellungen, die Millionen von Amerikanern in der Weite des Landes von „leadership“ haben.

Prominente Sprecher der Opposition der Demokraten oder auch der Gewerkschaftsführung haben wiederholt die Zuversicht geäußert, daß die Masse der Wähler nun bald zwischen der Person Ronald Reagans — seinem Charme sowie seiner an das amerikanische Gemüt treffenden Vision — und der Politik Ronald Reagans werde unterscheiden können.

Die Kongreßzwischenwahlen Anfang November, bei denen die Demokraten zwar im Repräsentantenhaus 26 Sitze zurückgewannen, jedoch im Senat keinen einzigen Sitz zurückeroberten, haben solche Zuversicht bislang nicht bestätigt. Die Wähler haben dem Präsidenten zwar eine Mahnung, nicht aber eine Abfuhr erteilt. Es war die Mahnung, die viel zitierte „konservative Revolution“ und den Abbau der mühsam genug errichteten Strukturen eines modernen Sozialstaates nicht zu weit zu treiben.

Die inneramerikanische und buchstäblich bis in die Gefilde der Psychologie reichende Auseinandersetzung mit der Präsidentschaft Ronald Reagans wird natürlich erst voll anlaufen, wenn der Präsident seine Absicht bekannt gibt, noch einmal oder nicht noch einmal „zu laufen“. Freunde bedrängen ihn, dies möglichst früh, auf alle Fälle in der ersten Hälfte 1983 zu tun. Denn davon hängt auch ab, ob Vizepräsident Bush oder Senator Howard Baker einen neuen Anlauf um die Präsidentschaft überhaupt starten könnten. Nach allgemeiner Überzeugung wird Reagan, sofern es seine Gesundheit erlaubt, eine zweite Amtszeit wollen. Nicht von ungefähr hat er bereits jetzt die Zustimmung eines seiner engsten, bewährtesten und für die Sache Reagans erfolgreichsten Freunde, die des Senators Paul Laxalt, eingeholt. Laxalt soll die Funktion eines „spiritus rector“, eines ehrenamtlichen Supermanagers für die Wiederwahl Reagans übernehmen. Die Weichen sind also gestellt, und auch Nancy Reagan soll den Absichten ihres Gemahls nichts mehr in den Weg legen.

Für die oppositionellen Demokraten bedeutet dies, daß sie in Kürze schon mit gewichtigen

Herausforderungen und politischen Alternativen auf den Plan treten müssen. Senator Edward Kennedy trifft bereits alle Vorbereitungen, den neuen Wahlkampf wesentlich früher zu eröffnen als das letzte Mal. Natürlich ist auch mit einer Bewerbung von Fritz Mondale zu rechnen, des ehemaligen Vizepräsidenten unter Jimmy Carter. Beide sind populär in dem Rahmen, in dem sie es bisher schon gewesen sind. Aber das gleiche gilt auch umgekehrt: Das Feld der Zweifler und Kritiker dieser beiden in der liberalen und gewerkschaftlich orientierten Tradition der Demokraten stehenden Politiker liegt ebenfalls ziemlich fest. Erwartungsvolle Blicke richten sich deshalb auf John Glenn, den ehemaligen Astronauten und Senator aus Ohio. Glenns handicap jedoch ist, daß er als Redner im Wahlkampf niemanden „vom Stuhle reißt“; für jedes größere Publikum gilt er als ausgesprochen langweilig. Seine Stärke ist allerdings die Beherrschung aller Bereiche der modernen Technik, die seinen Ruf begründet, daß er die durch Reagan nostalgisch verwöhnte Nation sicher auf die unvermeidliche Bahn der technologischen Erneuerung der gesamten Wirtschaft und der Anpassung des Erziehungs- und Bildungswesens an die sich ändernden Verhältnisse zu bringen imstande sei. Auch Glenn ist in seinen Grundüberzeugungen konservativ; er ließe sich mit der disziplinierten Vernunft eines vom Soldaten zum Politiker gewachsenen Mannes von seinen Anhängern gut als „Eisenhower unserer Tage“ porträtieren. Was viele Amerikaner so sehr an Reagan bemängeln, nämlich, daß er der Nation zu wenig und nicht die richtigen Fragen stellt, das könnte Glenn erfüllen.

Es sind die existentiellen Fragen des Amerikas unserer Tage, die dem Ausblick auf den in Kürze beginnenden Wahlkampf um die nächste Präsidentschaft schon jetzt eine so spannende Dimension geben; in erster Linie ist es Ronald Reagan, der an diesen Fragen gemessen werden wird. Zwei Probleme, Existenzfragen ohne Übertreibung, stehen an der Wende des Jahres 1982/83 für die Amerikaner absolut im Vordergrund — und so bedenklich es normalerweise ist, generalisierend von „den Amerikanern“ zu sprechen, so gewiß ist doch in beiden Fragen die alle Gesellschaftsschichten übergreifende kollektive Betroffenheit enthalten —, und zwar in dieser Reihenfolge: 1. die Arbeitslosigkeit, die Bankrotte und die anhaltende Rezession; 2. der Rüstungswettlauf und das Verhältnis zur Sowjetunion sowie damit zusammenhängend die Frage einer außen-

politischen Stabilität, die den Frieden ermöglicht.

Arbeitslosigkeit schien in den bisherigen, leichteren Rezessionen der Nachkriegszeit für die meisten Amerikaner, vor allem für die, die weiterhin in Arbeit und Brot standen und die keine persönliche Erinnerung an die Zeit der großen Depression hatten, eine mehr oder weniger statistische Wahrnehmung zu sein. Überdies war die Bereitschaft verbreitet, die Ursache für den Verlust des Arbeitsplatzes zunächst einmal im eigenen Unvermögen der Betroffenen zu vermuten; und Genaueres wußte man ja ohnehin nicht, da die Arbeitslosenzahlen in den Vereinigten Staaten teils durch telefonische Repräsentativbefragungen, teils mit Hilfe der Zahl der Anträge auf Arbeitslosenunterstützung ermittelt werden. Dieser desolate Informationsstand hat sich gründlich geändert: Mit 10,4% (November 1982) ist seit über 40 Jahren die höchste Arbeitslosenquote erreicht, und wenn mehr als 11,5 Millionen Amerikaner keine Arbeit haben, so ist das eine Zahl, an der niemand mehr vorbeigehen kann. Mit aller Härte erfährt Amerika, daß Arbeitslosigkeit kein vor allem für unqualifizierte Arbeiter reserviertes Schicksal oder ein regionales und branchengebundenes Ereignis ist. „Blue-collar“-Arbeiter, Angestellte, Techniker, Dienstleister aller möglichen Sparten und Berufe, die zum typischen Mittelklasse-Amerika gehören, sind genauso betroffen wie die ungelerten Arbeiter, die bald hier, bald dort einen Job zu nehmen gewohnt waren. Zwar richtet sich die Höhe des staatlichen Arbeitslosengeldes auch nach der Höhe des letzten Verdienstes, doch wird es (bei gewissen Abweichungen zwischen einzelnen Bundesstaaten) im allgemeinen nur 26 Wochen lang gezahlt. Verlängerungen sind in einzelnen Fällen und Branchen mit gewerkschaftlichen Tarifverträgen möglich; doch spätestens nach einem Jahr Arbeitslosigkeit droht allen der Absturz in die Kategorie der Wohlfahrtsempfänger.

Vor zwei, drei Jahren noch sah man in den sogenannten Suppenküchen das zeitlos-typische Bild vom scheinbar unabänderlichen Bodensatz der amerikanischen Gesellschaft: die Obdachlosen, die Entwurzelten, Farbige zu meist — ergeben in die eigene Armut und hoffend auf die Hilfsbereitschaft der anderen. Heute stehen Männer und Frauen, Mütter und Kinder, die man nach Kleidung und Habitus zum Mittelstand zählen muß, in der Schlange derer, die auf eine Mahlzeit oder auf ein Lebensmittelpaket warten. Kirchen und humani-

täre Organisationen, die aus Gaststätten und Supermärkten Lebensmittelpenden zusammentragen, öffnen täglich für Tausende und Abertausende die Türen ihrer Speisesäle und Ausgabestätten. Alle melden seit 1981 die Verdopplung und Verdreifachung der Zahl ihrer Besucher. Sozialhelfer und kirchliche Mitarbeiter berichten alarmiert, was ihnen täglich an menschlicher Verzweiflung und verletztem Stolz begegnet, und katholische Geistliche sprechen bereits von einem neuen Bereich seelsorgerischer Aufgaben. In kleineren Städten und Gemeinden ist man zuversichtlich, daß auch über die harten Wintermonate hinweg die Opfer der Rezession vor Hunger und Kälte bewahrt werden können. In den Großstädten allerdings sieht die Lage düster aus: Viele Haushaltstitel ehemaliger Bundeshilfen sind gestrichen worden, gleichzeitig wurden die Kriterien für den Empfängerkreis von Nahrungsmittelgutscheinen erheblich verschärft.

Es traf die Öffentlichkeit, zumal die Arbeitslosen, wie ein Keulenschlag, als Berater des Präsidenten in der Vorweihnachtszeit wissen ließen, man erwäge die Steuerpflichtigkeit der Arbeitslosenunterstützung. Damit sollte der Anreiz, statt der Unterstützung eine beliebige Arbeit anzunehmen, erhöht werden. Außerdem sollten mit dem Steuererlös Umschulungsprogramme finanziert werden. Gleich unter dem ersten Proteststurm zogen die Präsidentenberater ihre Vorschläge zurück, doch hat der Vorwurf, das Ronald Reagan kein Herz für die Armen habe, neue Nahrung bekommen. Es wird seiner Regierung gleichwohl nicht erspart bleiben, weiter darüber nachzudenken, wie Amerika eine Arbeitslosigkeit bewältigen kann, die nicht nur ein Konjunktur-, sondern auch ein Strukturproblem ist. Da die Arbeitslosigkeit unter den Farbigen doppelt so hoch ist wie der Landesdurchschnitt, schwarze Jugendliche sogar zu 48% dem Nichtstun ausgeliefert sind, hatten manche Beobachter befürchtet, es könnte während der heißen Sommermonate in den Großstädten zu Unruhen- und Gewalttätigkeiten kommen. Doch dazu ist es nicht gekommen. Das mag daran gelegen haben, daß die Pleite der weißen Arbeitslosen heute genauso offenkundig wie die der Schwarzen ist, aber auch daran, daß die Schwarzen bei jedem Aufruhr bisher die Folgen am stärksten spürten. Hinzu kamen und kommen Resignation und Ratlosigkeit; selbst der Sinn eines Streiks gegen unbefriedigende Tarifverhandlungsergebnisse geht verloren, wenn beispielsweise Automobilarbeiter,

sofern sie überhaupt beschäftigt sind, täglich an überfüllten Abstellplätzen unverkaufter Autos ihrer eigenen Produktion vorbeifahren (womöglich noch im eigenen „Toyota“).

Zu Jimmy Carters Zeiten konnten es sich die unzufriedenen Farmer noch leisten, ihren Ärger über Preisverfall und Agrarpolitik mit einem Protest-Treck nach Washington Luft zu machen. Tausende von Farmern, denen heute das Wasser bis zum Hals steht, weil hohe Zinsen mit niedrigen Produktpreisen zusammengefallen sind, haben für die knappen Gelder dringendere Bestimmung, als sie in Benzin für Sternfahrten nach Washington umzusetzen. Nicht einmal die „Buy-American“-Bewegung hat sonderlich hohe Wellen geschlagen. Zwar können einzelne Politiker gelegentlich der Versuchung nicht widerstehen — etwa der nach Gewerkschaftsbeifall schielende Fritz Mondale —, Japaner und Europäer für die stillliegenden Kapazitäten vor allem in der Automobilindustrie und in der Stahlindustrie verantwortlich zu machen (die US-Stahlindustrie hat sich überdies sehr um Schutzzölle bemüht), doch hat das Vergnügen amerikanischer Verbraucher an ausländischen Autos mit optischen oder elektronischen Geräten keineswegs nachgelassen. Man kauft, was einem billiger und/oder besser zu sein scheint.

Ideologische oder radikale Lösungen sind also noch wenig gefragt, und auch für sozialpolitische Kraftproben besteht offenbar kein Klima, wenn alle den Würgegriff der Rezession erleiden oder unmittelbar zu befürchten haben. Das schließt jedoch sporadische Unruhen nicht aus, wie ein Vorfall Ende November in Washington gezeigt hat: Eine gegen den angekündigten Aufmarsch des Ku-Klux-Klan organisierte Demonstration endete mit der Demolierung und Plünderung einiger Geschäfte, nachdem die verhassten Kapuzenmänner nicht erschienen waren und die um das Objekt ihres Zornes gebrachte Menge plötzlich von Anti-Reagan-Lösungen gepackt wurde.

Niemand vermag also zu sagen, wie lange der gegenwärtige Zustand des relativ geduldigen Abwartens und des Hoffens auf Besserung anhält. Denn niemand weiß, wann die schon so oft versprochene wirtschaftliche Erholung wirklich einsetzt und ob sie ausreichend und auch von Dauer sein wird. Die wenigsten Prognosen sind ermutigend: So rechnet man mit einer länger anhaltenden Arbeitslosenquote von mindestens 9% und rätselt darüber, was das nächste, voraussichtlich auf 200 Mrd. Dollar kletternde Haushaltsdefizit bringen wird:

Treibt es die jetzt deutlich gesunkenen Zinsen wieder hoch? Geht alles wieder von vorne los? Das Pentagon-Budget zu kürzen, wie in immer stärkerem Maße Öffentlichkeit, Kongreß und selbst die Wall Street zur Eindämmung des Haushaltsdefizits es für erforderlich halten, dazu ist die Regierung Reagan vorläufig nicht bereit und in größerem Umfang möglicherweise gar nicht mehr in der Lage; die Weichen sind zu einem großen Teil gestellt.

Als die amerikanischen Wähler 1980 mit großer Mehrheit Ronald Reagan ins Weiße Haus beriefen, geschah dies nicht zuletzt deshalb, weil Reagan versprochen hatte, Amerika wieder groß und stark zu machen und sowjetischem Expansionsdrang Einhalt zu gebieten. Analog dazu gelang es ihm in den ersten zwei Jahren seiner Amtszeit, den durch die konservative Reagan-Welle republikanisch verstärkten Kongreß davon zu überzeugen, daß die Vereinigten Staaten seit den siebziger Jahren zu viel für Sozialprogramme und zu wenig für die Modernisierung ihrer Streitkräfte ausgegeben hätten, während die Sowjetunion in der gleichen Zeit in beispiellosem Maße aufgerüstet habe. Mit Zustimmung des Kongresses also brachte die Regierung Reagan das größte Rüstungsprogramm in Friedenszeiten auf den Weg: Mehr als 1,5 Billionen Dollar will der Präsident für den Zeitraum 1983 bis 1987 beantragen und ausgeben. Eine Fülle neuer Waffen (Fernbomber, Flugzeugträger, Jagdbomber, Cruise Missiles und so fort) ist bereits bewilligt und in Auftrag gegeben worden. Je weiter aber ein neues Waffensystem vom Planungsstadium in die Endfertigung rückt, um so mehr muß das Pentagon den Herstellern zahlen, um so größer wird auch der Kreis der Interessenten und politischen Lobbyisten, die das Waffenprogramm unter allen Umständen durchziehen wollen. Das heißt: einmal angelaufene Programme sind kaum noch zu streichen, selbst wenn die Budgetanforderungen dafür von Jahr zu Jahr höher werden. Dies erklärt auch, warum der Anteil der Beschaffungskosten am Verteidigungshaushalt von 26% 1981 auf 38% 1987 steigen wird, warum die Verteidigungsausgaben von 213,9 Mrd. Dollar im Finanzjahr 1983 auf 364,6 Mrd. Dollar 1987 hinaufschnellen sollen. Das sind Größenordnungen, die sich der amerikanische Normalverbraucher nicht mehr vorzustellen vermag; schon gar nicht vermag er die Folgen einer so nachhaltigen Umschichtung der Staatsausgaben abzusehen.

Indessen schärft sich in diesen Wochen seit der Erklärung des Präsidenten über die Statio-

nierungspläne für die MX-Raketen deutlich das Bewußtsein der Öffentlichkeit für die ganze Problematik der Rüstungspolitik. Eine vehemente Debatte in allen Medien, in Fach- und in Laienkreisen ist im Gange, und vom Konzept der Aufstellung von 100 Superraketen auf kleinstem Feld als angeblich sicherste Basierungsvariante (Dense Pack) über die mit 26 Mrd. Dollar knapp veranschlagten Kosten bis hin zu den Folgen des neuen Systems für die Abrüstungsverhandlungen wird alles unter die kritische Lupe genommen. Dabei überwiegen die negativen und zweifelnden Kommentare inzwischen ganz eindeutig. Der bisherige Verlauf der MX-Kontroverse kann der Regierung kaum eine Hoffnung lassen, daß der neue Kongreß dem Projekt in der vorliegenden Form zustimmen wird. Daß es der alte in seinen letzten Amtstagen noch schnell absegnen würde, ist im höchsten Maße unwahrscheinlich. Der einflußreiche Vorsitzende des Bewilligungsausschusses im Senat, der Demokrat Ernest Hollings, hat dem MX-Projekt jedenfalls den härtesten Kampf angesagt; sein Argument: Für horrendes Geld biete es keinen Zuwachs an zusätzlicher Sicherheit. Auf die breite Öffentlichkeit haben die Erklärungen des Präsidenten, die MX seien „Friedensbewahrer“ und unerläßliche Voraussetzung für Erfolge bei den Genfer Abrüstungsverhandlungen, eher negativ gewirkt. Die Rhetorik vom Verhandlungspfad, das ein geplantes Waffensystem darstellen solle, ist abgegriffen und zu oft von tatsächlichen Entwicklungen widerlegt worden. Das alles hat zur Folge, daß die MX, auch wenn die Militärexperten beider Parteien die Notwendigkeit einer Modernisierung der strategischen Waffen gar nicht bestreiten, mehr und mehr in die Rolle eines Katalysators zu geraten scheint, eines Katalysators, der die in hohem Maße gezeigte Unterstützung der Öffentlichkeit und des Kongresses für Reagans Rüstungspolitik in Skepsis und Ablehnung verkehrt. Alle finanziellen, rüstungskontrollpolitischen und moralischen Bedenken kommen über der MX-Basierung buchstäblich zum Ausbruch.

Der katholische Bischof Hart aus Wyoming, wo die MX stationiert werden sollen, hat an seine Gemeinden appelliert, das Ende der Aufrüstung müsse mit der Ablehnung der MX beginnen. Wieder und wieder hört man in Kreisen katholischer Bischöfe den Vorwurf — den die Regierung entschieden zurückweist —, daß die MX eine das annähernde Gleichgewicht störende Erstschlagwaffe sei. Zweifellos wird diese Frage auch für die Endfassung des Hirtenbriefes eine Rolle spielen,

den die katholische Bischofskonferenz zu Beginn des Sommers 1983 verabschieden und dann von allen Kanzeln des Landes verkünden lassen möchte. Über die Entstehungsgeschichte und den Inhalt dieses Hirtenbriefes ist auch in Deutschland viel berichtet worden. Es dürfte genügen, hier an seinen Grundsatzanspruch zu moraltheologischen Fragen über (Atom-)Krieg und Frieden, an seine Bedenken hinsichtlich einer auf Kernwaffen gestützten Abschreckung, an seine Ablehnung jeder Erstanwendung von Atomwaffen oder ihrer Zielrichtung auf Bevölkerungszentren zu erinnern.

Die Bedeutung dieses Dokuments für die inneramerikanische Rüstungs- und Abrüstungsdebatte kann kaum hoch genug veranschlagt werden. Die Eindringlichkeit, mit der das Weiße Haus Gegenargumente mit Verweisen auf die amerikanischen Abrüstungsvorschläge in Genf präsentiert hat, sowie die Entsendung eines Sonderbotschafters in den Vatikan sind der Beweis dafür, daß auch die Regierung die Tragweite des Hirtenbriefes klar erkannt hat. Es geht nicht darum, daß sie gewaltsame Auseinandersetzungen oder moralisch motivierte Gehorsamsverweigerungen in den Streitkräften zu fürchten hätte. Diesbezüglich konnte sie schon die Erfolge der „Freeze“-Bewegung mit einiger Gelassenheit beobachten. Denn wenn auch in neun Bundesstaaten und zahlreichen Stadtgemeinden ein Volksbegehren mehrheitlich angenommen wurde, wonach die Supermächte ein sofortiges Einfrieren ihrer Atomrüstungen auf dem gegenwärtigen Niveau vereinbaren sollten, so war dies doch der Form nach nur eine rechtlich unverbindliche Aufforderung an den Präsidenten, Verhandlungen mit dem Ziel eines Moratoriums zu eröffnen. Zu den Förderern der „Freeze“-Bewegung gehörten auch zahlreiche Geistliche der verschiedensten Konfessionen, und sicher werden die Ergebnisse der Volksbegehren in der Arbeit des nächsten Kongresses und im Präsidentschaftswahlkampf eine Rolle spielen — und sei es nur deshalb, weil Senator Kennedy die Bewegung seinen eigenen politischen Plänen dienstbar machen möchte. Eben dies fürchten einige Initiatoren, weil sie schon um des Erfolgs willen am überparteilichen Charakter ihrer Bewegung eisern festhalten wollen. „Freeze“ stößt in der Öffentlichkeit aber auch auf viele Zweifler, die vom guten Willen und der Dringlichkeit der Abrüstung allein noch nicht zu überzeugen sind, daß ein sehr allgemein und pauschal gefordertes Moratorium im Augenblick der beste und geeignetste Weg wäre.

Der Hirtenbrief der katholischen Bischöfe ist nun, verglichen mit den „Freeze“-Resolutionen, kein Aktionsprogramm; er geht dafür aber um so mehr in die Tiefe des Nachdenkens über Krieg und Frieden, über den göttlichen Friedensauftrag und die prekäre Situation einer Menschheit, die, in der Argumentation der Bischöfe, das Werk des Schöpfers mit Kernwaffen vernichten könnte. Von daher kommandieren die Bischöfe auch die großen Fragezeichen hinter die Doktrin der nuklearen Abschreckung, weil diese die Bereitschaft zur Herausforderung des Schöpfers einschließt.

Zahlreiche protestantische Kirchen Amerikas haben die katholischen Bischöfe, die den Hirtenbriefentwurf in einer internen Befragung mit einer Zweidrittelmehrheit gutgeheißen haben, inzwischen ihrer Zustimmung und Unterstützung versichert. Das Nachdenken über Friedenserhaltung und nukleare Abschreckung ist überkonfessionell und auch überkontinental geworden, seit die katholische Kirche Amerikas auch den Dialog mit den Katholiken Europas aufgenommen hat. Gewiß wäre es unrealistisch, dem Hirtenbrief und seiner geplanten Verkündung eine unmittelbare politische Sprengkraft zuzuschreiben. Was indessen die Regierung Reagan tatsächlich zu befürchten hat, ist die fortschreitende Erosion des Grundkonsens über das bisher gültige Konzept der Abschreckung. Die Bischöfe fordern dazu auf, gedanklich aus der scheinbar unausweichlichen Logik der Rüstungsspirale, die ja das Ergebnis sich wiederholender Bedrohung und Abschreckung sei, auszubrechen. Rigoros stellen sie moraltheologisch eine der Grundlagen der Außen- und Sicherheitspolitik Reagans in Frage. Der Vorwurf, die Bedrohung des Westens durch die atheistische Sowjetunion zu gering zu veranschlagen, berührt sie wenig, da sie ja die Frage von Krieg und Frieden nicht politisch, sondern moralisch angehen.

Zusammengenommen zeigen Hirtenbrief-Diskussion und „Freeze“-Bewegung eines unbestreitbar: ein neuer Denkprozeß, ein Bewußtseinswandel ist in Gang gekommen; die Öffentlichkeit ist nicht mehr bereit, die komplizierten Zusammenhänge von nuklearer Rüstung und Frieden allein den Regierenden und ihren Experten zu überlassen. Unbeholfen vielleicht, abstrakt und idealistisch hat sie sich des Themas bemächtigt — und nichts spricht dafür, daß es wieder in Vergessenheit geraten könnte.

Anders als in Europa ist in Amerika gerade und besonders die katholische Kirche zu einem „lärmenden Platz“ der Auseinanderset-

zungen geworden, wie kürzlich ein Theologe schrieb. Auch aktuelle außenpolitische Fragen packt sie offen an, z. B. als sie kürzlich in einem Hirtenbrief der Regierung Reagan die „Militarisierung Mittelamerikas“ vorwarf. Deutlich kommt hier das wachsende Eigengewicht der Hispano-Amerikaner, deren Zahl durch die legale und illegale Einwanderung ständig steigt, in der katholischen Kirche wie in der amerikanischen Gesellschaft überhaupt zum Ausdruck. Ihr Anspruch auf volle Berücksichtigung von Sprache und kulturellem Erbe der „Latinos“ ist nicht mehr zu überhören. Was Generationen europäischer Einwanderer nicht geschafft oder nicht zu denken gewagt haben, die Anerkennung einer zweiten Amtssprache neben dem Englischen, das bringen die Latinos schrittweise zuwege. So scheint die Entwicklung der Vereinigten Staaten zu einem zweisprachigen Gemeinwesen (englisch-spanisch) kaum noch aufzuhalten, wobei die politische Bedeutung dieses Vorganges nicht abzusehen ist. Einen Eindruck von den Möglichkeiten lieferten Anfang November die Gouverneurswahlen in Texas, wo der amtierende republikanische Gouverneur trotz des Einsatzes von mehreren Millionen Dollar seines Privatvermögens zu Fall gebracht und ein Vertreter der Demokraten gewählt wurde, und zwar durch die außergewöhnlich hohe und offenbar einheitliche Wahlbeteiligung der Mexicano-Amerikaner.

Übrigens haben sich auch die Schwarzen in den amerikanischen Südstaaten an den Kongreßwahlen im November sehr viel stärker als früher beteiligt. Mit 39% lagen sie nur wenig unter dem Bundesdurchschnitt (41%), zu dem der Abstand normalerweise 8—10% beträgt. Auch hier: Das gewachsene Selbstbewußtsein erhöht die Beteiligung am demokratischen Willensbildungsprozeß. Neuerdings hört man von Sprechern der Schwarzen, daß mit der generellen Bewältigung des Rassenproblems die Lösung der sozialen Frage auf der Tagesordnung stehe; nur gemeinsam könnten Schwarze und Weiße das Problem bewältigen. In diesem Sinne hat der Populist George Wallace in Alabama an die schwarzen wie an die weißen Arbeiter und Arbeitslosen appelliert — und die Gouverneurswahlen zum vierten Mal gewonnen.

Damit kommen wir zurück zum Problem Nr. 1: Jobs, Arbeitsplätze! Herrscht Verzweiflung in Amerika zu Beginn des neuen Jahres? Pessimismus? Eigentlich nicht. Die Anpassungsfähigkeit an neue Situationen ist noch ungebrochen. An Modellen, die, aus welchen Gründen

immer, nicht praktikabel sind, hängt man nicht, und Ideologien, rechte wie linke, sind so unamerikanisch wie eh und je. Was unausweichlich ist, etwa die Gleichberechtigung der Frau, wird nach und nach auch anerkannt; der tiefe Schmerz der so lange allein gelassenen Behinderten (und psychisch Geschädigten des Vietnamkrieges) wird in einer großen patriotischen Aufwallung akzeptiert und absorbiert, und was, wie die „moral majority“, gestern noch als die bedrohlich wachsende Flut eines religiös verbrämten Totalitätsanspruchs erschien, ist heute schon wieder an den Rand

der Gesellschaft gedrängt. Glauben die Amerikaner noch an den Fortschritt? Sicher nicht mehr so stark wie einst. Die sichere Gewißheit, daß die von der Technik aufgeworfenen Probleme unbedingt durch weitere Fortschritte der Technik gelöst werden können, ist über der Sorge um die ökologische Entwicklung und das Wissen um die Gefährdung durch Atomwaffen und Atomenergie ins Wanken geraten. Was dies für ein Land bedeutet, daß im unbedingten Glauben an den Fortschritt groß geworden ist, darüber lohnt es sich nachzudenken.

Moskau: Zwischen Frost und Tauwetter

Es war das erste Mal in seiner Geschichte, daß das Politbüro der KPdSU aus seiner Sitzung etwas „herausließ“. Denn was dort gedacht, diskutiert und beschlossen wird, erfährt der Bürger sonst nur indirekt aus den Zeitungen oder zu gegebenem Anlaß aus der Rede des Generalsekretärs oder eines anderen prominenten Mitglieds. In den vergangenen Dezembertagen des Jahres 1982 kam es jedoch anders: Das Politbüro, so meldete die sowjetische Nachrichtenagentur TASS, habe sich mit den Briefen beschäftigt, die die Bürger des Landes an das Zentralkomitee geschrieben hätten. Schon in der Zeit Breschnews war dort eigens eine Abteilung gegründet worden, die den Bürgern in gerechtem und ungerechtem Zorn über Mißstände im Land als Adressat dienen sollte. Der verstorbene Generalsekretär hatte seine Landsleute immer wieder ermuntert, von dieser Beschwerdeinstanz Gebrauch zu machen. Diese Schreiben seien Ausdruck der Einheit von Volk und Partei. Viele Briefe, so berichtet TASS, hätten Kritik an Institutionen und Organisationen enthalten, die bewiesen, daß an manchen Orten keine Schritte unternommen würden, die Mißstände abzustellen. „Das Politbüro betont die große Bedeutung der Briefe und Vorschläge der Bevölkerung. Jeder Parteifunktionär, jeder sowjetische Arbeiter, jeder Leiter in einem Betrieb oder in einer Institution soll diese Briefe beachten.“ Das sei seine Pflicht gegenüber dem Volk und gegenüber der Partei.

Wer Ohren hat zu hören, findet in dieser kurzen Meldung die gleiche Stimme der Ungeduld, die schon die ersten Tage der neuen Ära Andropow prägten. Schluß mit der Nachsicht gegenüber den „Oblomows“, den Nachfolgern jenes russischen Adligen, der seine hochfliegenden Pläne angesichts der unwirtlichen Realität immer wieder begräbt, sich immer bescheidener einrichtet und durchwurstelt — ein klägliches Gegenstück zu seinen großen Träumen. Oblomow, wie ihn der russische Schriftsteller des 19. Jahrhunderts Gontscharow beschrieben hat, ist keineswegs nur eine negative Figur, sondern ein Mensch mit Charme und Menschenfreundlichkeit, eine liebenswerte Erscheinung. Aber für den, der ein Land aus seiner Schlendrianrolle reißen will, weil es seiner Weltmachtrolle nur im militärischen Bereich gerecht werden kann, muß die Erinnerung an Oblomow und seine postre-

volutionären Nachfolger ein Alptraum sein. Andropow ist ein Mann dieser Ungeduld, und nicht ohne Schadenfreude lasen die Bürger in ihren Zeitungen, daß schon die ersten Minister und Direktoren ihren Hut nehmen mußten; weitere müßten folgen, so flüstern sie sich zu.

Der Rückblick auf die fast 20 Jahre dauernde Ära Breschnew ist jedoch kein Rückblick im Zorn. Für den sowjetischen Bürger war es die unbekannte Erfahrung einer langsamen Normalisierung des Lebens. Noch nie in der Geschichte Rußlands und der Sowjetunion ist es so vielen Menschen gut gegangen. Wer sich an die Bilder der zaristischen Zeit erinnert, als noch in diesem Jahrhundert Parlamentsabgeordnete Delegationen aus ihrem Wahlkreis empfangen, die abgerissen und barfüßig vor dem Abgeordneten standen wie Leibeigene vor ihrem Gutsherren, der weiß, daß es die „gute, alte Zeit“ in diesem Land nur für eine verschwindende Minderheit gegeben hat. Dann kamen die Jahre der Revolution, eines in seiner Grausamkeit fürchterlichen Bürgerkrieges, und die Jahre der „Ruhe“ unter Stalin waren Jahre einer schrecklichen Ordnung. Der Kirgise Tschingis Aitmatow erinnert in seinem letzten Roman an jene Jahre, schildert den Weg eines Mannes in seinen Untergang: „Ich bin bald wieder zurück, wartet!“ Das Warten war vergeblich — millionenfach ...

Dann kamen die Jahre des Zweiten Weltkrieges. — Aufwärts ging es erst nach Stalins Tod. Auch wenn Chruschtschows Verheißung, den Westen bis 1980 im Lebensstandard einzuholen, nicht wahr wurde, so hat sein Nachfolger Breschnew das Land doch ein Stück vorangebracht. Für jene, die hier mit Ungeduld auf größeren Fortschritt hofften, mag es wie Spott klingen, aber Moskau ist in den vergangenen 20 Jahren zu einer weltoffenen Stadt geworden, hält man sich bei dieser Einschätzung nur genug die Vorgeschichte vor Augen.

Moskau, die Stadt der Olympischen Spiele, religiöser Weltkonferenzen, eines Friedensmarsches skandinavischer Frauen, Moskau, das auch — nicht vergessen soll das sein — Szene für die Verfolgung von Dissidenten war, hat sich in den vergangenen Jahren der Welt geöffnet, wie es auch weitsichtigsten Propheten der fünfziger Jahre kaum vorstellbar er-

schien. Wichtigster Motor dieser Entwicklung war die Entspannungspolitik.

Manch einer mag die Geschwindigkeit eines Tankers als Beispiel nehmen, wenn es ihm darum geht, Bewegung und Veränderung in der Politik zu verzeichnen. Hier sprechen wir von der Geschwindigkeit eines driftenden Erdteils, von einem Kurs, der seine Widersprüche hat, aber auch eine erkennbare Richtung.

In einer kleinen Siedlung am Rande der kasachischen Stadt Karaganda wohnen seit den vierziger Jahren Deutsche, Nachfahren jener Wolgadeutschen, die vor 250 Jahren nach Rußland gezogen waren, um dort ihr Glück zu suchen. Stalin hatte sie von ihrer russischen Heimat nach Kriegsbeginn verschleppen lassen, weil er sie der Kollaboration mit den nationalsozialistischen Invasoren verdächtigte. Erst 1964 erhielten sie ihre vollen sowjetischen Bürgerrechte zurück; dennoch blieben sie noch jahrelang eine gedemütigte Volksgruppe, der man eigene Schulen und Religionsausübung vorenthielt. Kommt man heute in diese Siedlung, findet man in ihrer Mitte eine katholische Kirche, die sich die Gemeinde in den siebziger Jahren bauen durfte. Die Kinder gehen auf eine Schule, in der die deutsche Sprache Unterrichtssprache ist.

Was übrigens die russisch-orthodoxe Kirche betrifft, so ist es ihr gelungen, mit Partei und Regierung zu einem geordneten Nebeneinander zu finden. Sie teilt mit den Regierenden das nationale Selbstverständnis und mochte mancherorts wohl auch nur wenig dabei finden, wenn andere Religionen unterdrückt wurden. Nach dem Kirchenkampf der zwanziger Jahre, nach Stalinscher Verfolgung und Konflikten unter Chruschtschow hat man sich heute arrangiert. An Feiertagen sind die Kirchen so voll wie bei uns. Über die Zahl von kirchlichen Trauungen und Taufen mögen Kirchenvertreter jedoch zumeist nichts sagen — vielleicht um staatlicherseits keine Irritationen auszulösen; daß die Zahlen rasch zunehmen, sagen sie nur hinter vorgehaltener Hand.

Dies sind kleine Teilchen aus einem großen Mosaik, das sich durch Bilder aus der Kulturlandschaft ergänzen läßt, etwa durch den Hinweis auf Romane von Trifonow oder Aitmatow, die — behutsam zwar — die Stalinsche Vergangenheit aus der Betrachtung der Gegenwart nicht ausklammern wollen; auch gibt es Maler und Bildhauer, die in ihren Werken den optimistischen Freuden des sozialisti-

schen Realismus keineswegs entsprechen, sondern sich mit den Sorgen und der Traurigkeit ihrer Umwelt beschäftigen.

Nur in einem Bereich vermag der Bürger keine Fortschritte zu registrieren, auch wenn sie objektiv vielleicht sogar zu verzeichnen sind: Wenn man ins Kaufhaus geht, so findet man Schuhe aus der Bundesrepublik, Mäntel aus Finnland, manchmal sogar Kleider aus Italien. Aber für den, der täglich mit den Tücken der Versorgung ringt, ist das nur ein geringer Trost. Der Verbraucher vermißt zuviel anderes und weiß aus seinem eigenen Bereich, wie arg die Verhältnisse in der Wirtschaft sind. Auch in diesem Jahr ist die Ernte nicht besonders gut gewesen, allerdings besser als befürchtet. Besonders fatal ist der Umstand, daß die schlechte wirtschaftliche Entwicklung im eigenen Land einhergeht mit Krisenlagen bei den Verbündeten und einem Niedergang der westlichen Wirtschaft. Als Breschnew starb, hinterließ er alles andere als wirtschaftlich geordnete Verhältnisse: Mit rund 85 Milliarden Dollar sind die Staaten des COMECON beim Westen verschuldet; das entspricht etwa der Verschuldung Mexikos oder Brasiliens. Den Handelsstrategen mag das erschrecken oder auch nicht, aber der Bürger erfährt beim täglichen Einkauf, daß es viel schlechter nicht mehr kommen darf.

Bei den Trauerfeierlichkeiten für Breschnew haben die Bürger ihren neuen Generalsekretär das erste Mal in seiner neuen Rolle erlebt: auf dem Roten Platz, wo er energisch ein neues Tempo anzuschlagen schien, danach über das Fernsehen, in Gesprächen mit Staatsoberhäuptern und Spitzenpolitikern aus Ost und West. Das Wichtigste, was dem Bürger zu registrieren blieb in diesen ersten Tagen und Stunden mit Jurij Andropow, war das beruhigende Gefühl, daß alles seinen ordentlichen Gang geht. Die Trauerfeierlichkeiten, bei deren Gestaltung der Generalsekretär seine Verantwortung deutlich werden ließ, waren nicht nur der lange, letzte Abschied von einem sowjetischen Staatsmann, sondern auch die Demonstration, „daß das Leben weitergeht“. Damit war zugleich die größte Sorge der Bevölkerung ausgeräumt: der Alptraum von rivalisierenden Politikern, die sich gegenseitig lähmen oder bekriegen oder das Land in eine unbekannte Zukunft stoßen. Alte wie junge Moskauer meinen, daß dieses Land zu groß sei für Abenteuer in der Politik. Jurij Andropow scheint der Mann zu sein, der für Kontinuität bürgt; oft genug hat er in diesen ersten Tagen seiner Amtszeit davon gesprochen.

Als die Staatstrauer verklungen war, verschwand Andropow aus der Öffentlichkeit und ließ die Bürger mit der Frage allein, wie sie sich diese Kontinuität genau vorzustellen haben. Im November liegt der Sommer noch weit: „Was soll schon werden“, so ein gedachter innerer Monolog, „mehr zu essen und zu kaufen wird es nicht geben, mehr arbeiten werde ich auch nicht“.

Wer da, lustlos durch den Moskauer Schneematsch stapfend, über die Ziele des neuen Generalsekretärs nachdachte, blieb auf Vermutungen angewiesen. Nach 15jähriger Tätigkeit als KGB-Chef werde er wohl schon wissen, woran es hapert. Seiner Erfahrungen in Ungarn wegen, dessen wirtschaftlichen Reformkurs unter Kadar er gestützt haben soll, wie auch wegen seiner Beschäftigung mit den Problemen anderer Ostblockstaaten müsse man ihm auch die erforderliche Sachkenntnis unterstellen, wie in anderen Staaten den Widrigkeiten wirtschaftlicher Entwicklung begegnet werden müsse: Vielleicht etwas gründlicher, vielleicht auch etwas energischer würde er sein; genauere Vorstellungen jedoch hatten nur wenige Bürger.

Montag darauf nun war der Tag der Sitzung des Zentralkomitees, auf dem Wirtschaftsplan und Haushalt diskutiert wurden, Dienstag dann sollte die Sitzung des Obersten Sowjet folgen, auf der beides als Gesetz zu beschließen war. Wie meist an wichtigen Tagen, hatte der Sowjetbürger sich in Geduld zu fassen, bis in den abendlichen Fernsehnachrichten Beschlüsse und Reden verlesen werden würden. An solchen Tagen kommt keine Langeweile auf, denn jeder achtet bei den Nachrichten über ihren Inhalt hinaus auf das, was an Atmosphärischem, an Nuancen und an neuen Wendungen zu registrieren ist.

Der Zuschauer vernahm dann eine Andropow-Rede, in der kaum ein Satz Makulatur war. Schon Breschnews Reden zeichneten sich durch Ernst und gedankliche Klarheit aus; wenigstens blieben sie über weite Strecken den Mißlichkeiten der Realität verhaftet. Doch während Breschnew eher um Ausgewogenheit bedacht war, auch Erfolge zu verzeichnen sich bemühte, um das Bild nicht gar zu finster erscheinen zu lassen, legte Jurij Andropow gleich den Finger auf die Wunde. Nach kaum verhüllten Andeutungen, daß die Lage korrekturbedürftig sei, nach dem zusammenfassenden Hinweis, daß man Wirtschaftsproduktivität, Lebensstandard und Verteidigungskraft verbessern wolle, formulierte Andropow den

Schlüsselsatz: „Ich möchte mit allem Nachdruck Ihre (die der ZK-Mitglieder) Aufmerksamkeit auf die Tatsache lenken, daß in einer Reihe von Schlüsselpositionen die Planziele der ersten beiden Jahre des Fünf-Jahr-Planes nicht erreicht wurden; und natürlich sagt das etwas über den Plan, den wir heute diskutieren.“

Aus diesem und manchem folgenden Satz sprach die Ungeduld auch vieler Bürger, gerade der jungen, die den Glauben daran verloren haben, daß noch etwas zu ändern sei. Hier war es nun der neue erste Mann des Staates selbst, der in Abkehr von jeder Resignation mit schonungsloser Klarheit gleich zu Beginn seiner Rede seine Einschätzung der Lage referierte und zugleich bekanntgab, was er von der Zukunft verlangen würde. Er selbst habe zwar kein Patentrezept, sagte Andropow, machte aber unüberhörbar deutlich, wo er die Wurzel des Übels sieht. Das waren nun keineswegs Neuigkeiten, denn die westliche wissenschaftliche Literatur schreibt seit Jahrzehnten über fast nichts anderes und die Moskauer satirische Zeitschrift „Krokodil“ hat die Mißstände längst beleuchtet. Auch in der sowjetischen Gegenwartsliteratur trifft man auf genügend Gründe für die Schwierigkeiten der sowjetischen Wirtschaft: schlampige Leitung, schlechte Qualität und ungenügende Produktivität, den Egoismus von Betrieben, die um jeden Preis ihren Plan erfüllen wollen und sowohl Experimente wie Modernisierungen scheuen, weil dies der Planerfüllung nicht dienlich ist.

Andropow — und das ist allerdings neu für einen sowjetischen Generalsekretär — verwies bei der Suche nach Lösungen und Verbesserungen auf das Beispiel anderer, befreundeter Staaten: Lernen könne man auch bei den Kleinen, obwohl das Beispiel Ungarns nicht besonders hervorgehoben wurde. Am bittersten hat Andropows Kritik die Eisenbahner getroffen. Keiner, der je auf diesen Teil des sowjetischen Verkehrssystems angewiesen war, wird viel Mitleid mit den Gemaßregelten gespürt haben, sondern vielleicht hoffen, daß beim nächsten Mal auch die Luftfahrtgesellschaft „Aeroflot“ ihren Teil abbekommt.

Der neue Generalsekretär hat also in seiner Rede auch auf bedenkenswerte Vorbilder in anderen Ländern seines Bündnissystems verwiesen, doch ein wirtschaftliches und politisches Sanierungskonzept läßt sich ebensowenig einfach auf die Sowjetunion übertragen, wie einst der Slogan „von der Sowjetunion ler-

nen, heißt siegen lernen" anderen Ländern den rechten Weg wies.

Von heute auf morgen ist jedenfalls die Schwerfälligkeit der Planungsbürokratie nicht zu ändern; auch wenn gegenwärtig von Dezentralisierung gesprochen wird, von größerer Eigenverantwortlichkeit der Betriebe und Kolchosen, so ist das leichter verordnet als verwirklicht in einem Land, in dem schon die Urahnen sich von der Lebensweisheit leiten ließen, daß den Kopf einzuziehen die beste Form des Überlebens ist. Eine solche Reform bedarf der Ruhe — und auch der außenpolitischen Stabilität.

Auch mit Blick auf die Außenpolitik des Landes sprach der neue Generalsekretär den Bürgern aus dem Herzen (US-Präsident Reagan hat der sowjetischen Propaganda wieder zu viel Glaubwürdigkeit verholfen). Gleichwohl hat Andropow das Wort Entspannung nicht nur in den Mund genommen, sondern ihr sogar eine Zukunft verheißen.

Will die Sowjetunion, so lautet eine der Schlüsselfragen für den Westen, die militärische Überlegenheit über den Westen? Nach all dem, was angesichts der Entwicklung der letzten Jahrzehnte zu beobachten war, muß man diese Frage eher verneinen. Dieses Land hat andere Sorgen und kann es sich nicht leisten, einen Zweikampf des „politischen Darwinismus“ zu beginnen, des „survival of the fittest“, von dem man hier annimmt, daß er nicht zu gewinnen ist, koste es, was es wolle.

Besondere Bedeutung für die Sowjetunion hat der mit Hochdruck vorangetriebene Bau der Gasleitung nach Westeuropa, deren Installation weit über die Dimension eines normalen Geschäftes hinausgeht. Die Gaspipeline ist das Sprungbrett, das dem Land im nächsten Abschnitt seiner Entwicklung helfen soll; denn mit den aus dem Energieverkauf gewonnenen Devisen soll die sowjetische Wirtschaft modernisiert werden. Das Gasgeschäft ist zugleich Symbol einer möglichen Zusammenarbeit zwischen Ost und West, steht für die Sowjets aber auch dafür, daß man sich in Gefahr begibt, wenn man die Abhängigkeit vom Westen zu weit treibt. Das jedenfalls ist die Lektion des letzten Jahres. Das Problem der in die Zukunft gerichteten Aufgabenstellungen ist, daß sie in politisch schwierigen Zeiten beginnen. Der Mann, dem dabei die Schlüsselrolle zufällt, ist wegen seiner KGB-Tätigkeit in der

Öffentlichkeit weitgehend unbekannt geblieben. Was man inzwischen von ihm weiß, ist, daß er im Gegensatz zu seinem Vorgänger nicht zu einer sentimentalischen Zuneigung gegenüber den Deutschen neigt. Für Andropow sind die wichtigsten Gesprächspartner außerhalb der östlichen Welt die Amerikaner.

Genauere Kenntnis über die Persönlichkeit des Generalsekretärs besitzt der amerikanische Journalist Salisbury, der ihn in seinem Landhaus besuchte, als er gerade dem englischsprachigen Dienst der „Voice of America“ zuhörte. Er habe nicht den Eindruck gehabt, daß dies ein gesteuerter Zufall gewesen sei, arrangiert aus Gründen der Public Relations; Andropow schätze es, seine Informationen direkt von der Quelle zu bekommen, er lese englischsprachige Zeitungen und Zeitschriften und sei deshalb in der Lage, sich unabhängig vom Apparat eine eigene Meinung über die Entwicklungen in den USA zu bilden. Der Journalist folgert: „Das ist so, als wenn Mr. Reagan die Berichte der CIA mit der Lektüre von Prawda und Istwestija ergänzen könnte.“

Salisbury geht auch auf die Vorwürfe ein, die Andropow im Zusammenhang mit der Unterdrückung des Aufstandes in Ungarn gemacht werden. Tatsächlich habe er Moskau zwei Monate vorher vor einer Zuspitzung der Entwicklung gewarnt. „Er erhielt einen Tadel wegen sensationalistischer Neigungen — man sah es anders, als der Aufstand begann.“ Später habe er Kadar unterstützt, das liberalste und erfolgreichste Regime im östlichen Lager.

Daß es ausgerechnet ein ehemaliger KGB-Chef ist, der nun versucht, den Bürgern wieder Hoffnung zu geben, mag paradox erscheinen in Anbetracht des Rufs, den sich diese Institution in der Vergangenheit erworben hat. Für Freunde und Gegner wird gleichwohl deutlich, daß sie es hier mit einem Mann von klaren Prinzipien zu tun haben, der nicht bereit ist, Defizite in der staatlichen Planungsbürokratie zu verschleiern. Ob diese Eigenschaften ausreichen werden, die vielfältigen Probleme des Landes auch in der Praxis zu vermindern und darüber hinaus auch einen glaubwürdigen Beitrag zur Entspannung des Ost-West-Gegensatzes zu leisten, wird nicht zuletzt davon abhängen, inwieweit die westliche Welt ihrerseits die Sowjets von dem guten Willen zum Abbau der wirtschaftlichen und militärischen Konfrontation zu überzeugen vermag.

Das neue Frankreich — eine Illusion?

Was hatten die Franzosen nicht alles von einem Machtwechsel erwartet! Mehr Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit natürlich. Mehr Demokratie und Selbstbestimmung für den einzelnen. Mehr Gerechtigkeit, das Ende der Privilegien, neue Hoffnung für die Zukurzgekommenen. Schließlich hatte das Programm der Sozialisten geheißt „Changer la vie“. Das mußte nicht das Ende des Kapitalismus sein, aber doch der sichere Weg aus der Krise, der Wohlstand für alle, die Zuversicht der kleinen Leute schließlich, ihre besseren Tage noch vor sich zu haben.

Wenn man heute, rund 500 Tage nach dem politischen Erdbeben des Frühsommers 1981, die Franzosen danach fragt, was sich für sie grundlegend geändert hat, dann müssen sie lange überlegen, bis ihnen praktische, im Alltag spürbare Veränderungen einfallen. Zunächst kommt man wohl auf das, was ausgeblieben ist: das von vielen befürchtete Chaos, der voreilig an die Wand gemalte Generalstreik, ein Auflehnen gar der traditionell konservativen Armee. Doch der greifbare Wandel, das neue Lebensgefühl des „vivre à gauche“ — sie sind kaum auszumachen im französischen Krisenalltag.

Und doch kann es keinen Zweifel geben, daß sich Frankreichs Gesicht verändert hat. Es geht nicht darum, daß die Führungseliten ausgewechselt worden sind, daß neue Akteure neue Akzente gesetzt haben. Es geht um wichtige qualitative Veränderungen, mit denen Weichen für Jahre und möglicherweise Jahrzehnte gestellt worden sind, auch wenn sich viele Franzosen dessen noch gar nicht bewußt geworden sind.

Da ist zunächst die Erfahrung der „alternance“, des demokratischen Machtwechsels selbst. Selbst eminente Verfassungsrechtler hatten daran gezweifelt, ob ein solcher Wechsel im institutionellen Rahmen der Fünften Republik und angesichts der politischen Teilung des Landes in zwei scheinbar unverrückbare Blöcke überhaupt möglich wäre. Heute hat Frankreich einen sozialistischen Staatspräsidenten, einen sozialistischen Premierminister und eine absolute sozialistische Mehrheit in der Nationalversammlung, ohne daß dies noch als außergewöhnlich empfunden würde.

Frankreich ist heute ein sozialistisch dominierter Staat, dessen Autorität ungefährdet ist und dessen Verfassungsgefüge keinen Augenblick ins Wanken geriet. Daß an der Regierungsgewalt erstmals seit 1947 wieder Kommunisten partizipieren, hat die Stabilität eher noch unterstrichen. Denn die KPF ist damit genau wie die von ihr gelenkte Gewerkschaft CGT in die Pflicht genommen. Der Präsident kann dem Land seinen Stempel aufdrücken, ohne auf Ruhe zu seiner Linken achten zu müssen. Wenn sich die Linke in manchen Fragen auch nicht einig ist, dann war die Regierung von solchen Meinungsverschiedenheiten bisher kaum tangiert.

Eine der großen sozialistischen Ambitionen ist bereits Wirklichkeit geworden: die Verstaatlichung des Kreditsektors und einiger wichtiger Industriekonzerne. Es wäre kurzsichtig, ihre Bedeutung als eine unerhebliche Veränderung der Wirtschaftsstruktur abzutun. Gewiß, der von manchen beschworene Kollektivismus ist das nicht. Doch der öffentliche Sektor hat binnen weniger Monate die Zahl seiner Mitarbeiter um fast 50 Prozent erhöht; er erstellt heute 17 Prozent des Bruttoinlandsprodukts gegenüber nur zehn Prozent vor der Nationalisierungsaktion. Wenn heute ein Drittel des Umsatzes der französischen Industrie aus staatseigenen Betrieben kommt, dann kann von einer marktwirtschaftlichen Struktur wohl nur noch mit Einschränkung gesprochen werden. Die Regierung hat sich hier eine Spielwiese für ökonomische und soziale Experimente geschaffen, aber auch ein zentrales Instrument für die Durchsetzung ihrer politischen Vorstellungen.

Die zweite große Veränderung der sozialistischen Ära ist noch im Werden: die Dezentralisierung. Wird sie so wie angekündigt in die Tat umgesetzt, dann kann getrost von einem Jahrhundertgesetz gesprochen werden. Es hebt nämlich eine Organisationsform des Staates aus den Angeln, die seit den Tagen des ancien régime als unverrückbar galt. Bisher galt, daß Paris befiehlt und die Provinz zu folgen hat; das auf die wirtschaftliche Realität zielende Wort von „Paris und der französischen Wüste“ hatte auch im politischen Sinne Gültigkeit. Der Präfekt, Statthalter der Zentralgewalt, sorgte dafür, daß die Anordnungen

aus Paris bis ins kleinste Bauernnest vordrängen. Das war seit Napoleon so und genau gesehen sogar seit den Tagen eines Colbert und Richelieu, die im ganzen Land Intendanten als Vertreter des Königs eingesetzt hatten.

Die Präfekten, seit ein paar Monaten als „Kommissare der Republik“ tituliert, haben bereits einen Großteil ihrer Exekutivgewalt abgetreten. Der Conseil Général, das vom Volk direkt gewählte Parlament eines jeden Departements, hat neue Vollmachten bekommen, sein Präsident ist zugleich Chef der Exekutive. Auch die Regionen sollen bald gewählte Gremien erhalten, die mit politischen wie finanziellen Kompetenzen ausgestattet sind. Die Bürgermeister können schon heute eine ganze Reihe von Entscheidungen treffen, ohne sie — wie bisher nötig — dem Präfekten zur Genehmigung vorlegen zu müssen.

Manches ist noch unklar auf diesem Weg in die schrittweise Emanzipierung der Provinz. Vor allem Finanzprobleme gilt es noch zu regeln, denn Kompetenzverschiebungen haben zwangsläufig eine Verschiebung der Lasten zur Folge. Doch die Regierung hat Zeichen für die Ernsthaftigkeit ihres Bemühens gesetzt. So praktiziert Korsika seit dem letzten Sommer ein Sonderstatut; gerade die Insel, die sich jahrelang mit Worten und Bomben für eine Autonomie schlug, die diesen Namen verdient, erprobt heute ein System, wie es andere Regionen in gleicher oder ähnlicher Form ebenfalls erhalten sollen. Ein Zurück auf diesem Weg kann es nicht mehr geben. Was de Gaulle und seine Nachfolger im höchsten Staatsamt versprochen, aber nicht gehalten haben, wird jetzt langsam zur Realität: die politische Wiederbelebung der Provinz ohne die vielbeschworene Gefährdung der nationalen Einheit.

Nationalisierung und Dezentralisierung sind die auffallendsten Veränderungen in dem neuen Gesicht, das sich Frankreich seit dem Mai 1981 gegeben hat. Andere, neue Züge sind weniger spektakulär, aber deshalb nicht unbedeutend. Vor allem konkrete Lebensverbesserungen für die Rentner und die Bezieher der gesetzlich fixierten Mindestlöhne sind hier zu nennen. Die wöchentliche Arbeitszeit wurde auf 39 Stunden verkürzt, der Jahresurlaub um eine fünfte Woche für jedermann verlängert, das Ruhestandsalter auf 60 Jahre herabgesetzt. Auch die Rechte der Arbeiter in den Betrieben wurden (wenn auch zaghaft) verbessert. Schließlich dürfen zwei Reformen nicht übersehen werden, die mittlerweile zur Selbstverständlichkeit geworden sind: die Abschaffung

der Todesstrafe und des Staatssicherheitsgerichts, beides überfällige Relikte einer wenig demokratischen Rechtsauffassung.

Das neue Frankreich, es existiert also, auch wenn es sich im Alltag der Franzosen nur bedingt bemerkbar macht. Doch gerade diese Kontinuität im Wandel ist es, die viele Beobachter überrascht hat. Das gilt in erster Linie für die Institutionen des Staates, wie sie die Verfassung der Fünften Republik definiert. Diese Verfassung wurde 1958, in einer Zeit ernster Gefährdung des politischen Gefüges, auf einen einzigen Mann zugeschnitten: auf Charles de Gaulle. Die Linke kämpfte stets gegen diese Verfassung an, weil sie nach ihrer Überzeugung dem Mann an der Spitze des Staates eine Überfülle an Macht garantierte, die Frankreich an den Rand einer Wahlmonarchie rückte. François Mitterrand qualifizierte diese Republik einst gar als Diktatur ab. Die Frage, wie ein sozialistischer Präsident mit einer solchen Verfassung zurechtkommen würde, bewegte die Gemüter also nicht ohne Grund.

Heut füllt der neue Mann im Elysée eben diese Verfassung mit geradezu verblüffender Selbstverständlichkeit aus. Der Vergleich mit dem General drängt sich auf: Auch heute bestimmt der Staatspräsident nicht nur die Richtlinien der Politik, er behält sich auch die Sicherheits- und Außenpolitik weitgehend als „domaine réservé“ vor. Nach wie vor ist der Premierminister vor allem Interpret und ausführendes Organ der im Elysée beschlossenen Optionen; seiner Autonomie sind eindeutig Grenzen gesetzt. Nach wie vor ist das Elysée die Schaltstelle der Macht, nicht die Regierung (und auch nicht die Sozialistische Partei). Bei Konflikten zwischen der Regierung und der linken Parlamentsmehrheit hat bisher noch immer Mitterrand das letzte Wort behalten. Er hat bisher seine Rolle als Schiedsrichter unangefochten erfüllt und das Amt des Staatspräsidenten als das eines Garanten der politischen Stabilität bekräftigt.

Wenn die Amtsauffassung François Mitterrands auch der seiner Vorgänger nahe ist, so hat er doch seinen persönlichen Stil eingebracht. Er verzichtet darauf, sich mit billigen Gesten beim Volk anzubiedern. Seine Art zu regieren wirkt überlegt, konzentriert, ohne hektischen Aktionismus. Er legt Wert auf Distanz, will eher respektiert als geliebt werden. Im Wahlkampf wurde der Kandidat Mitterrand werbewirksam als „la force tranquille“ angepriesen. Die Realität liegt heute nahe bei

diesem Bild, und mancher akzeptiert den Mann im Elysée wegen seiner Autorität, nicht wegen seiner politischen Entscheidungen. Das ist — angesichts der eher bewegten Karriere Mitterrands — keine Selbstverständlichkeit.

Noch in anderer Hinsicht ist die Kontinuität überraschend. Das sozialistische Frankreich erweckt Traditionen zu neuem Leben, die lange als „unmodern“ aus der offiziellen Politik verbannt waren. Typisch für diese Haltung war die mit Pomp, aber nicht ohne Würde inszenierte Feier am Pariser Pantheon, mit der Mitterrand seine Machtübernahme beging. Die republikanische Wallfahrt zu den „großen Männern“, allen voran dem Sozialisten Jean Jaurès und dem Widerstandshelden Jean Moulin, zeugte vom Geschichtsbewußtsein einer Linken, die ihren Sieg nicht nur als epochales Ereignis, sondern als Station auf dem langen Weg französischer Geschichte verstanden wissen will. Auch hier ist die Nachbarschaft zu de Gaulle nicht zu übersehen. Er war der letzte, der ähnliches politisches Pathos mit ähnlicher Selbstverständlichkeit zu zelebrieren liebte.

Genau wie der General (und anders als Pompidou und Giscard) kann Mitterrand an der Résistance anknüpfen und daraus eine Legitimation ableiten, die noch über das Votum der Wähler hinausreicht. Hier verwurzelt er ein neues Nationalbewußtsein und belebt es mit einem neuen Missionsgeist. Revolutionäre Traditionen werden wiedererweckt, deren mobilisierende Wirkung nicht zu verkennen ist. Wenn Mitterrand von „la France“ spricht, dann ist der Geist des alten Mannes von Colombey-les-deux-Eglises nicht fern. Die „vieille France“ ist wieder hoffähig, die Vergangenheit wird zu neuem Leben erweckt. So war es nur logisch, daß der 10. Mai als Erinnerung an den Sieg über das faschistische Deutschland erneut in den Rang eines nationalen Feiertages erhoben wurde.

Auch die de Gaulle einst so teure „France profonde“ ist wieder zu Ehren gekommen, die Hervorkehrung des ländlichen, der Scholle verbundenen Frankreich. Alljährlich an Pfingsten nimmt die ganze Nation teil an der Pilgerfahrt des Präsidenten zu seinem Familienbesitz in Burgund. Sein Landhaus in Latche ist zum Symbol für eine Art Rückkehr zu den eigenen Wurzeln geworden. Auch auf diese Weise rückt die Provinz wieder an ihren früheren Stellenwert heran, wird das modische Bild vom alles beherrschenden Pariser Leben zurechtgerückt. Nicht die Hauptstadtbourgeoisie gibt die alleinigen Impulse, nicht die

Eliteschulen (aus denen Pompidou wie Giscard hervorgegangen sind) liefern exklusiv das Führungspersonal der Nation. Das tiefe, in seiner Geschichte ruhende Land prägt das Gesicht Frankreichs, dessen Zukunft Mitterrand gestalten will.

Ein drittes Element der Kontinuität ist schließlich zu vermerken: die Fortführung der Allianzen. Vor seiner Wahl hat Mitterrand gelegentlich Erklärungen abgegeben, die eigentlich das Gegenteil befürchten ließen. Seine Haltung zu den USA ließ sich getrost als Anti-amerikanismus beschreiben, seine Einstellung zum atlantischen Bündnis war bestenfalls das einer kritischen Distanz. Die Europäische Gemeinschaft war für ihn nie viel mehr als eine Zweckgemeinschaft profitgieriger Händler. Und sogar über den Nachbarn Bundesrepublik sprach der Sozialist Mitterrand gelegentlich in einem Ton, der wenig Interesse bekundete und auf mangelndes Verständnis der deutschen Situation schließen ließ.

Hier hat der Präsident Mitterrand ganz andere Töne angeschlagen. Er ist näher an die NATO herangerückt als sein Vorgänger Giscard, den die Opposition noch als „Atlantiker“ beschimpfte. Die Vereinigten Staaten, zuvor noch mit dem Vorwurf bedacht, sie wollten mit ihrem militärischen Potential ein Protektorat in Europa errichten, können heute nicht demonstrativ genug mit ihren Waffen drohen. Der Mann, der sich noch vor ein paar Jahren seiner Unterstützung für den Rapackiplan zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa rühmte, insistiert heute auf der Stationierung amerikanischer Atomraketen in Mitteleuropa. Auch die EG ist kein prinzipieller Streitpunkt mehr, wenn Mitterrand auch ihre Ausrichtung auf die Sicherung sozialer Bedürfnisse gerne sähe.

Auf das deutsch-französische Verhältnis schließlich hat die Wachablösung an der Seine so gut wie keine Auswirkung gehabt. Wer glaubte, die guten Beziehungen stünden und fielen mit dem freundschaftlichen Einvernehmen zwischen Präsident Giscard und Bundeskanzler Schmidt, wurde eines Besseren belehrt. Weder der Wechsel in Paris noch der in Bonn haben an der Substanz gezehrt. Die bilateralen Konsultationen sind weder Routine noch bloße Erfüllung einer einmal auferlegten Pflicht geworden. Nach wie vor dominiert die Überzeugung, daß die Zusammenarbeit zwischen Paris und Bonn für den Frieden in Europa wie für die Zukunft Europas unerlässlich ist. Daß gerade im Bereich der Sicherheit die

Kooperation eine neue Qualität zu erreichen scheint, muß als Beweis dafür gelten, daß das sozialistische Frankreich bereit ist, weit in die Zukunft hinein auf den deutschen Partner zu bauen.

Seit dem historischen Tag des 10. Mai 1981 hat François Mitterrand grundlegende Reformen verwirklicht, eine beachtliche Zahl von Wahlversprechen realisiert und die sozialen Gegensätze abzubauen begonnen. Der Elan der ersten Monate war geradezu atemberaubend — aber auch die Verkennung der harten ökonomischen Zwänge. Erst spät erkannte die Regierung, daß die besten Absichten zum Scheitern verurteilt sind, wenn die Mittel für ihre Verwirklichung fehlen. Von Anfang an warnen Skeptiker davor, die Effekte der weltweiten Wirtschaftskrise außer Acht zu lassen und das im Alleingang anzustreben, was in anderen Ländern bereits als Wunschdenken zu den Akten gelegt war. Im vergangenen Sommer hat die Wirklichkeit nun auch Frankreich eingeholt und eine Wende in der Wirtschaftspolitik erzwungen, wie sie drastischer nicht hätte sein können.

Nach der zweiten Franc-Abwertung innerhalb eines Jahres wurde auch Paris klar, daß die Zeiten für soziale Geschenke und teure Gesten vorbei waren. Die Stimmen derer verstummten, die ein Jahr lang propagiert hatten, man müsse mit dem Kapitalismus brechen und nur die Reichen schröpfen, um genügend Geld für eine soziale Umverteilung großen Stils zur Verfügung zu haben. Mit einem jährlichen Inflationsrhythmus von 14 Prozent, einer Arbeitslosigkeit von über zwei Millionen Menschen, einer Wachstumsrate nahe Null, einem Rekorddefizit im Außenhandel und einem ständig gefährdeten Franc mußten schließlich auch die Sozialisten auf eine Politik der Austerität umschalten, allen Versprechungen und guten Absichten zum Trotz.

Die Grundhypothese linker Wirtschaftspolitik hatte sich als falsch herausgestellt. Auf der Basis eines allseits prognostizierten Konjunkturaufschwungs sollte dank staatlich geförderter Konsumnachfrage die Investitionstätigkeit angeregt werden und damit der Weg aus der Krise beginnen. Der Aufschwung blieb genauso aus wie der als Impuls für den darniederliegenden Arbeitsmarkt gedachte Konsumstoß. Statt dessen stiegen Produktionskosten, Verbraucherpreise, öffentliche Schulden und Importe. In höchster Not mußte die Regierung einen Lohn- und Preisstopp verkünden, um die Situation wieder halbwegs in den Griff zu bekommen.

Was nach viereinhalb Monaten Blockade übrigblieb, war eine klassische Politik der Austerität. Preise und Löhne werden weiter reglementiert und damit in ihrem Anstieg künstlich gebremst. Doch für die Masse der Einkommensbezieher kommt damit nicht einmal mehr eine Garantie der Kaufkraft heraus. Selbst in Jahren galoppierender Inflation hatte man das den Arbeitnehmern nicht zugemutet. Und um ein Zeichen zu setzen, verbot die Regierung kurzerhand alle in Tarifverträgen verankerten Lohnleitklauseln (das heißt die Bindung der Löhne und Gehälter an die Inflationsrate), nachdem gerade diese Regelung stets als soziale Errungenschaft ersten Ranges gefeiert worden war.

Die drastische Kehrtwendung nahm zwar all denen den Wind aus den Segeln, die der Linken zuvor eine leichtfertige Gefälligkeitspolitik vorgeworfen hatten. Doch sie hat neue Gefahren heraufbeschworen. Sie heißen Etatismus, Dirigismus und Protektionismus. Gewiß, die Omnipräsenz des Staates in der Wirtschaft entspricht jahrhundertelanger französischer Tradition. Seitdem Jean-Baptiste Colbert, der Finanzminister Ludwig XIV., die jungen Manufakturen durch gezielte Subventionen und harte Schutzzölle zum Blühen brachte, ist Frankreich vom Colbertismus nicht mehr losgekommen. Der Staat wurde seither als Finanzier und Schutzherr der Wirtschaft verstanden, gleichzeitig aber auch als kontrollierender Gendarm akzeptiert.

Paris ist erneut auf diesen Kurs eingeschwenkt. Mit Hilfe des erweiterten Staatssektors kann die Regierung heute ihre Politik auch dann durchsetzen, wenn sie nicht marktgerecht ist. Der politischen Dezentralisierung setzt sie eine wirtschaftliche Zentralisierung großen Ausmaßes entgegen. Das französische Wirtschaftsmodell, als „*économie concertée*“ treffend umschrieben, droht zu einer „*économie administrée*“ zu werden, in der dirigistische Eingriffe in Wirtschaftsstruktur und -ablauf die Regel und nicht die Ausnahme sind. Eine ganze Reihe von Maßnahmen hat zudem in den letzten Monaten gezeigt, daß die Zuflucht zu protektionistischen Regelungen mit dieser Entwicklung Hand in Hand geht. Was kurzfristig gesehen eine Verschnaufpause schafft, kann auf lange Sicht der Wettbewerbsfähigkeit Frankreichs nur abträglich sein.

Ganz aus freien Stücken wurde der neue Weg freilich nicht eingeschlagen. Hinter den ökonomischen Zwängen stehen auch solche politischer Art, die gerade kurzfristige Erfolge

verlangen. Die Linke hat nämlich zu spüren bekommen, daß ihre Erfolge bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen des Frühjahr 1981 das Ergebnis extrem hoher Erwartungen von seiten der Wähler waren. Bei mehreren Nachwahlen zur Nationalversammlung und bei der Wahl der Generalräte im letzten Frühjahr hat das Pendel der Wählergunst bereits bedrohlich zugunsten der konservativen Opposition ausgeschlagen. Damit ist keine Erosion der Macht verbunden, wohl aber eine Ernüchterung derjenigen Wähler, die weniger für die Linke als gegen die Rechte, weniger für ein sozialistisches Frankreich als gegen das Abonnement der konservativen Kräfte auf die Macht gestimmt hatten.

Natürlich hat die Regierung nicht ihre Ambitionen aufgegeben. Sie kann mit Recht darauf verweisen, daß die Linke auch in den schwierigen Augenblicken der Neuorientierung eine erstaunliche Einigkeit bewiesen hat. Die Allianz zwischen Sozialisten und Kommunisten zeigt keine tiefen Risse, auch wenn vieles an der offiziellen Politik nicht nach dem Geschmack der KP sein kann. Die Gewerkschaften belassen es bisher bei eher symbolischen Aktionen gegen eine Politik, die nicht vor einer Reduzierung des sozialen Besitzstandes zurückschreckt. Alle Parallelen, die voreilig zu 1936 und dem raschen Scheitern der Volksfront gezogen wurden, erweisen sich heute als falsche Prophetie.

Ambitionen hat Paris auch nach außen. Die Forderung nach der Einrichtung eines „espace social“ in Europa, einer Gemeinschaft des sozialen Fortschritts, wurde zwar mangels Mitteln wieder zu den Akten gelegt. Doch Frankreich setzt mehr denn je auf die Ausstrahlung seiner Kultur, vornehmlich seiner Sprache. Es möchte eine Führungsrolle für die Dritte Welt übernehmen, sich zum Sprecher der Unterentwickelten und der Freiheitskämpfer machen. Es versucht, seiner Diplomatie durch Vermittlung in Krisensituationen (etwa in Nahost oder Schwarzafrika) neue Aufgaben und neuen Glanz zu geben. Über Ansätze ist man bisher kaum hinausgekommen, und mancher Versuch (etwa die Kampfansage gegen den amerikanischen Kulturimperialismus) ist über

das Ziel hinausgeschossen. Doch der Ehrgeiz neue Wege zu öffnen, ist unverkennbar.

Was bleibt also nach 500 Tagen linker Herrschaft in Frankreich? Zunächst die Erkenntnis, daß der Wille zum Wandel existiert, sich aber bereits an den Realitäten reibt, die einem Wandel entgegenstehen. Der Elan der ersten Monate war fast atemberaubend, Gesetze wurden durch das Parlament gejagt, die ohne die Aufbruchstimmung Jahre benötigt hätten. Der Wunsch nach schnellen, konkreten Ergebnissen war dominierend. Doch den rosa Zeiten folgte der graue Alltag, der Aufbruch zu neuen Horizonten scheint bereits an seinen Grenzen angelangt. Die Zeit der kleinen Schritte ist angebrochen, der politischen Kärnerarbeit. Statt ehrgeiziger Höhenflüge machen die Franzosen die schmerzliche Erfahrung, daß Ambitionen nicht genügen, ein Land zu verändern, wenn die Mittel fehlen.

Vieles an dem ungestümen Aufbruch des Jahres 1981 erinnert an die Bundesrepublik im Jahre 1969, als Willy Brandt die Epoche der Reformen ankündigte und Hoffnungen wecken konnte wie kaum ein Kanzler vor ihm. Doch die Erneuerung der Bundesrepublik fiel in eine Zeit wirtschaftlicher Blüte, während Mitterrands Amtsantritt mit der schwersten Krise der Nachkriegszeit zusammenfiel. Brandt konnte zudem den Kalten Krieg mit seiner Politik der Entspannung beenden, während Mitterrands Einzug ins Elysée mit einer Verhärtung der alten Fronten zwischen den Supermächten einhergeht. Der deutschen Linken waren immerhin 13 Jahre bis zur Ernüchterung gegönnt, für die französische Linke setzte sie schon nach 13 Monaten ein.

Ist das Bild vom neuen Frankreich, von mehr Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit also nicht mehr als eine Illusion? Ein solches Urteil wäre vorschnell. Mitterrand hat Frankreichs Gesicht in 500 Tagen stärker verändert als Giscard in sieben Jahren. Er hat Entwicklungen in Gang gesetzt, die nicht mehr zurückgedreht werden können. Und er hat noch gut fünf Jahre vor sich. Erst 1988 sind wieder Präsidentschaftswahlen, und gerade Mitterrand hat in seiner langen politischen Karriere bewiesen, daß er ein Mann des langen Atems ist.

Britannia in Seenot?

Großbritannien hat einen Krieg hinter sich und eine Wahl vor sich — so kann man die Lage zum Jahreswechsel wohl am besten beschreiben. Was hat der Falklandfeldzug verändert, wer bildet die nächste Regierung? — so fragen die politisch interessierten Briten (und das sind im sogenannten Mutterland der Demokratie keineswegs mehr Leute als anderswo, ungeachtet der Gerüchte, die sich über die Insel hartnäckig halten).

Paradoxerweise ist die Frage, was der Kampf im Südatlantik verändert hat, schwerer zu beantworten als die nach den Folgen des Wahlausgangs. Die Politik einer zweiten Regierung Thatcher oder der Kurs eines Kabinetts Foot, ja sogar die Konsequenz einer nötigen Koalition mit der neuen Allianzpartei läßt sich einschätzen. Der Innenspielraum einer von der Rezession besonders schwer angeschlagenen Sekundärmacht ist begrenzt; gerade das abgelaufene Jahr hat dafür Beispiele erbracht, von denen zu reden sein wird. Was dagegen der Ausgriff aus Zeit und Raum bedeutet, den das nachimperiale England sich da am anderen Weltende geleistet und siegreich bestanden hat, ist in allen Auswirkungen immer noch unabwägbar. Es versteht sich, daß zu ihnen auch das Abschneiden der Regierung bei den kommenden Unterhauswahlen gehört, wie es ja nicht wenige gibt, die ungerührt um die beschworenen Güter der Nation nie den Verdacht loswurden, daß es sich bei dem Unternehmen *auch* um einen zwar letztlich unerwartet blutigen, aber doch kühl kalkulierten Wahl-, Kampf" gehandelt habe.

Noch sind nicht alle Wunden geheilt, alle Medaillen verteilt, alle Kosten gezahlt oder gar dem Lande unterbreitet. Das Weihnachtssortiment der britischen Buchhandlungen offerierte Falklandbücher im Dutzend billiger, und vielen ihrer Leser dämmert, daß da nicht eine überlegene britische Streitmacht und John Bulls Kaltblütigkeit *allein* den Erfolg errangen, sondern daß viel „fortune“ im Spiel war, um die Sprache jenes Landes zu bemühen, dessen exzellente Fernlenkraketen der stolzen Armada beinahe den Garaus gemacht hätten. Ein gesunkener Flugzeugträger, ein gefallener Königssohn — und der Befehl zur Heimkehr wäre unvermeidlich gewesen.

Es scheint eine Trotzreaktion auf diese glücklichen überwundenen Hazards des Krieges zu

sein, wenn den Briten der *politische* Preis des Sieges immer noch nicht hoch genug sein kann. Die Beziehungen zu einigen der besten Verbündeten sind seit dem Falklandkrieg überschattet. Reihum tadelte Frau Thatcher während des abgelaufenen Jahres die Regierungen in Washington und Paris, in allen übrigen EG-Staaten im allgemeinen und in Dublin im besonderen. An die Adresse der USA wurden Worte gerichtet, die man zwischen zwei einander so nahestehenden Führungen zuvor nicht für möglich gehalten hätte. Die Südamerikapolitik der Reagan-Administration mag nicht frei von eigensüchtigen Erwägungen, vom Wunsch nach Ruhe vor der Haustür sein, aber die britische Reaktion auf das Vorgehen der USA bei der Falklanddebatte in den UN hörte sich an, als habe das Weiße Haus soeben die Ausweisung aller britischen Diplomaten oder die Beschlagnahme aller britischen Konten angeordnet.

Die „tiefe Verletzung“, die Frau Thatcher zu empfinden angab, hängt damit zusammen, daß ihre Regierung im Falklandfeldzug eben *nicht* eine rein englische Affäre sah, sondern einen im Namen des Westens und zur Abschreckung aller künftigen Aggressoren in aller Welt geführten Muster-Kreuzzug. Ein Exempel sei statuiert worden, nun könnten die Menschen ruhiger schlafen — eine Formulierung, die tatsächlich mehrmals benutzt wurde, ehe die Bilder aus Beirut dieser Blasphemie ein Ende machten.

Der Falklandkrieg hat die Beziehungen Großbritanniens zu den Partnern der Europäischen Gemeinschaft belastet zu einem Zeitpunkt, da die Insel auf zehn Jahre der Zusammenarbeit zurückblicken könnte und auch sollte. Aber die Artikel zum Gedenken an den 1. Januar 1973, als das Land in Brüssel seinen Sitz einnahm, klingen verhalten, wo nicht skeptisch und enttäuscht. Kein Karajan ist gebeten worden, die Wiederkehr des Ereignisses zu zelebrieren, das er damals festlich konzertierend beging, eingeladen von Edward Heath, dem heute kein Dank mehr für die Verbindung gezollt wird, deren sich das Land eher geniert. Vielleicht kam der Beitritt zu spät, so daß die Briten die reibungslosen frühen Jahre der Gemeinschaft nicht miterlebten und nun im Rückblick nur die Dekade der sich verdüsternenden Horizonte sehen.

Es wäre falsch, von einer durchgängigen Europamüdigkeit der Briten zu sprechen und Feindseligkeit allenthalben zu wittern, nur weil die Anti-Kontinentalen in den Parteien und den Medien über starke Fraktionen verfügen. Eine Insel, die sich in die Isolation stets am stärksten fühlt und dies während des Falklandkrieges auch wieder durchlebt zu haben glaubt, benötigt zur Selbstidentifizierung eigentlich keine Freunde. Anders als eine auf Rückenfreiheit bedachte Kontinentalmacht muß sie nicht ständig mit diesem gegen jenen koalieren. Die Briten waren und sind seit dem Koreakrieg überzeugt, das Nordatlantische Bündnis sei im Grunde alles, worauf sie angewiesen seien, und selbst da spuken noch Selbstverteidigungsillusionen durch die Gänge von Whitehall und Westminster. Die EG, so sehen es jetzt, zehn Jahre später, viele Briten, bot einem damals gebeutelten Großbritannien nach schweren Pfundkrisen, Zahlungsbilanzdefiziten und dem Verlust von Überseemärkten einen Unterschlupf. Aber, so argumentieren sie: was als Blockhütte im Sturm gut war, ist es nicht auch als Wohnhaus auf Dauer.

So denken jedoch nicht alle. Vielen Betriebsleitungen graut bei der Vorstellung, in dieser Rezession auch noch gegen die Schranken eines westeuropäischen Zollverbandes anrennen zu müssen. Über Fischereirechte mit Dänen und Franzosen feilschen, die nicht aus Bündnisgründen zu einer Nimm-und-Gib-Politik angehalten wären, ließe nur den Kurs der offenen Konfrontation zu. Nicht, als ob Frau Thatcher diesen Kurs scheute; aber Kriegsschiffe kann man zwar noch in den Südatlantik nach Port Stanley schicken, nicht aber die Seine hinauf nach Paris.

Es gibt Anzeichen dafür, daß der europäische Gedanke nicht nur dort nachläßt, wo er nie sehr stark war, also auf der politischen Linken. Daß der Austritt aus der Europa-Gemeinschaft einem Labour-Wahlsieg folgen soll, ist längst beschlossene Sache; die Partei streitet nur noch darüber, ob vor einem solchen Schritt ein zweites Referendum vonnöten sei oder nicht. Labour-Jahrestreffen und Gewerkschaftskongresse geben anderen Gedankengängen kaum mehr Raum, obwohl gerade unter den Trade-Union-Führern viele ihre Ansicht revidiert und die Vorzüge gesamteuropäischer Politik entdeckt haben. Denn siegt Frau Thatcher ein zweites Mal, könnte der Tag kommen, an dem eine britische Gewerkschaft nicht als Beklagte, sondern als Klägerin vor dem Europäischen Gerichtshof erschiene. Schon hat nämlich der

britische Industriellenverband die Regierung aufgefordert, sich mit allen Mitteln den Versuchen zu widersetzen, eine europäische Grundgemeinschaft in der Mitbestimmung zu schaffen. Seltsame Frontenverkehrung: Die Trade Unions, nie begeistert von kontinentalen Formen der geteilten Verantwortung im Unternehmen, befreunden sich jetzt, da die Tarifverhandlungen ohne Druckmittel geführt werden müssen, mit solchen Experimenten. Nun passen sie aber den Arbeitgebern nicht, die — um solchen Machtzuwachs der Gewerkschaften zu verhindern — dann lieber eine anti-europäische Seite hervorkehren. Doch ist beides die gleiche Medaille: Die EG dient als jeweils willkommener Verbündeter oder unerwünschter Gegner im hausinternen Streit. Das bestärkt nur den Verdacht, das nachimperiale Großbritannien habe eigentlich gar keine Außenpolitik mehr, sondern nur eine Innenpolitik, die aus taktischen Gründen gelegentlich außerhalb der Landesgrenzen betrieben werde.

So reagiert denn auch die Insel auf die Weltrezession mit einem sehr viel schärferen internen Kampf, als das anderswo der Fall ist. Von Burgfrieden zum Zwecke des gemeinsamen Überlebens kann keine Rede sein. Die Privatindustrie will sich jetzt, in der Massenarbeitslosigkeit und bei streikunlustigen Belegschaften, schadlos halten für die Jahre, in denen die Labourregierung den Gewerkschaften die Gesetze nach Geschmack lieferte. Von einer weiteren Amtsperiode Frau Thatchers erhoffen die Unternehmer sich ein derart weitgehendes Zurückerdämmen des gewerkschaftlichen Einflusses, daß selbst eine spätere Labourregierung dies nicht korrigieren könnte. In diesem Wunsch werden sie durch Pläne der Konservativen Partei bestärkt, Tarifverträge mehr und mehr durch Einzelabschlüsse zu ersetzen, alle innergewerkschaftlichen Vorgänge an Wahlen zu binden, die finanzielle Unterstützung der Labour Party durch die Trade Unions zu erschweren und so fort. Da solche Tendenzen inzwischen mit immer kühneren „Gegensteuerungs“-Absichten auf der Linken der Labour Party beantwortet werden, beginnen selbst Beobachter schwarz zu sehen, die bis vor einiger Zeit überzeugt davon waren, eine große Zahl von Gewerkschaftsführungen suche in zu egoistischer Manier die einmal erungenen Vorrechte um jeden Preis zu verteidigen, unbekümmert darum, was die Volkswirtschaft erfordere. Der Klassenkampf, der in Großbritannien sich zäher und ungenierter hielt als anderswo, wird also munter belebt. Orwells Alptraum für das Jahr 1984 übertrieb

in vielem, nur in einem wird seine Phantasie noch überboten, denn die beiden „Großen Brüder“ Kapital und Arbeit (oder wie man sie nennen will) sind weiter am Werke, der einzelne droht dazwischen zerrieben zu werden.

Will man einer Untersuchung des „Economist Intelligence Unit“ Glauben schenken, so greift die Apathie unter den 3 Millionen unterstützten, 3,3 Millionen registrierten und rund 4 Millionen tatsächlichen Arbeitslosen des Landes bereits derart um sich, als regiere der Große Bruder, gegen den sich ja doch nichts machen lasse, weil sein Fernsehauge alles überwache. 71 Prozent fürchten, nie wieder eine Beschäftigung zu bekommen, weder im nächsten Jahr, noch durch eine andere Regierung oder durch die alte als neue. Die Untersuchung räumt auch mit dem Märchen auf, die Arbeitslosigkeit treffe ja „uns alle“. Nein, sie trifft die schlecht Ausgebildeten, die mit 16 oder früher von der Schule Abgegangenen, die Unterschicht. 85 Prozent der Arbeitslosen haben nur eine solche elementare (oder schlechtere) Ausbildung mitbekommen ins Zeitalter der Rationalisierung, der Computer, des Schrumpfens der veralteten britischen Grundstoff- und Verarbeitungsindustrien, der schließenden Werften, des eingehenden Bekleidungssektors, des Aussterbens ganzer Zweige der einstmaligen stolzen Automobilherstellung. Was wird aus diesen hoffnungslosen Millionen eines Tages politisch werden? In jeder Altersgruppe gibt es bereits zehn, in einigen sogar 20 Prozent, die seit mehr als zwei Jahren nicht mehr beschäftigt sind. Ihr Fernsehkonsum soll durchschnittlich um vier Stunden pro Tag gestiegen sein. Kein Großer Bruder beobachtet sie, aber sie richten ihren Blick offenbar auch nicht auf ihn: Nur etwa jeder Vierte unter diesen Untätigen glaubt, daß die Politik der Regierung etwas mit seinem Zustand zu tun habe.

Wohl hat sie etwas damit zu tun, wie viele Briten diesem Zustand zugerechnet werden. Seit neuestem ist ein Zählsystem in Gebrauch, das nicht mehr die Stellensuchenden registriert, sondern die Unterstützungsempfänger. Die veränderte Berechnungsweise brachte für die Regierung den angenehmen Begleitumstand erheblich geringerer Summen; im September betrug die Differenz über 200 000 Personen. Nicht alle Stellensuchenden bemühen sich auch um Arbeitslosengeld. Das gilt für verheiratete Frauen, es gilt vor allem für viele der farbigen Einwanderer, die zwar dem freundlichen Mädchen im Job Centre ihres Viertels trauben, nicht aber dem Computer des Sozial-

ministeriums, der vielleicht Angaben ans Innenministerium weitergeben könnte und was dergleichen Verdacht mehr ist.

Wie hoch die Differenz zwischen alter und neuer Rechenweise künftig sein wird, läßt sich nie mehr feststellen, denn einer der Gründe für die Umstellung war es, ca. 1 300 Arbeitskräfte einzusparen, die bisher in den Job Centres allmonatlich an einem Stichtag die dort gemeldeten Personen zu zählen hatten. Auch sie sind nun arbeitslos, was 10 Millionen Pfund im Jahr sparen soll, von welcher Milchmädchenrechnung man natürlich die Gelder subtrahieren muß, die sie nun als Unterstützung erhalten. Die neue Zählweise wird allgemein als übler Trick betrachtet, als Kosmetik, die die Zahlen im Wahljahr frisieren soll. Das skeptische Männlein in den Mini-Karikaturen des „Times“-Zeichners Calman sagt beim Anblick der neuen Statistik: „Offenbar bin ich nicht so arbeitslos, wie ich dachte“, und die „Financial Times“ fragte, ob die Regierung das neue System wohl auch eingeführt haben würde, wenn sie zuvor gewußt hätte, daß dadurch die Gesamtzahl sich erhöhen statt erniedrigen würde.

Der Versuch der Beschönigung erinnert an ein Kunststück, das die Regierung Thatcher gleich nach Amtsantritt erprobte, um die damals hohe Inflationsrate zu „verjüngen“. Der Preis-Index sollte durch einen Preis-Steuer-Index ersetzt werden, bei dem von den steigenden Lebenshaltungskosten der Effekt der gerade gewährten Steuersenkung abgezogen wurde. Als dann weitere Geschenke dieser Art unterbleiben, ja durch höhere Forderungen ersetzt werden mußten, ließ der Finanzminister das ingeniose Rechensystem stillschweigend wieder fallen. „Eine konservative Regierung“, sagte Benjamin Disraeli, „ist die organisierte Heuchelei.“ Aber er sagte das nur in halbem Ernst und auch lange bevor er selbst Premierminister einer konservativen Regierung wurde.

Der parteipolitische Zusatz tut auch wenig zur Sache: Harold Wilsons Versuch, eine der Pfund-Abwertungen seiner Amtszeit mit dem berechtigten Satz zu beschwichtigen, deshalb sei das Pfund in der Tasche des Wählers nicht weniger wert als zuvor, gehört ebenfalls in die — nachgerade erstaunlich lange — Reihe dessen, was britische Politiker immer wieder ihren Landsleuten zumuten zu können glauben. Der Ausspruch kam in Erinnerung, als das Falkland-Jahr kurz vor seinem Ende den Briten noch einmal bewußt machte, wie abhängig ihre Wirtschaft, ja ihre gesamte Politik von

Kräften bleibt, auf die auch eine noch so konsequent vorgehende Regierung keinen Einfluß hat. Der aus heiterem Himmel hereingebrochene Kurssturz der Währung an den internationalen Devisenbörsen war eine böse Überraschung.

Denn wenn die rigorose Finanzpolitik der Regierung Thatcher außer weitflächig destruktiven Folgen wie Firmenzusammenbrüchen und Massenarbeitslosigkeit ein beachtlich positives Resultat vorweisen kann, dann ist es der stete Rückgang der Inflationsrate. Sie langte im Laufe des vergangenen Jahres endlich unter der Zehn-Prozent-Marke an und erreichte im November mit 7 Prozent ein Tief, das für das nächste Jahr den Gedanken an eine deutsche oder Schweizer Rate nicht länger ins Reich der Utopie verwies. Dann aber machten sich plötzlich die „Gnomen von Zürich“ an ihr altbekanntes Werk, und der Pfundkurs gab nach. Die Zinssätze mußten überstürzt heraufgesetzt werden, nachdem sie auf Drängen der Industrie und großer Teile der konservativen Partei nach und nach und mühsam genug gedrückt worden waren. In wenigen Tagen wurde viel gewonnener Boden verloren.

Ironischerweise trug gerade der Ölreichtum der Briten zu diesem Rückschlag bei. Öl zu haben gilt als Belastung, wenn seine Preise nachgeben. Die Wahl, ob das Land lieber billiger einführen oder billiger ausführen, lieber stabile Preise oder bequeme Kredite haben wolle, war der Regierung mit einem Mal genommen. Der Finanzminister konnte nicht länger den quasi souveränen Schiedsrichter spielen zwischen denen, die nach Konsequenz der bisherigen Politik rufen, und jenen, die es nach den Konzessionen einer neuen verlangt. Die Entscheidung nahmen ihm die gleichen Leute ab, die schon seinen Labour-Vorgänger Denis Healey zur Verzweiflung brachten. Die Ölfunde in der Nordsee und die Eisenproduktion haben Großbritanniens grundlegende Schwächen nicht behoben.

Das bedenken einige Abgeordnete im Regierungslager zu Beginn des neuen Jahres, in dem es mutmaßlich zu einer Neuwahl des Parlaments kommt. War bislang da und dort spekuliert worden, Frau Thatcher möchte vielleicht schon im Frühjahr 1983 das Unterhaus auflösen, um den Falkland-Effekt — vielleicht mit einer telegenen Ortsbesichtigung zur einjährigen Wiederkehr des Sieges — zu nutzen, solange er nicht verblaßt sei, so rechnet damit eigentlich derzeit niemand mehr. Ohnehin hat sie stets mit der vollen Rennstrecke gerechnet, und die zieht sich bis Mai 1984 hin. Aber

da nach dem Usus — den die Briten gern Verfassung nennen — eine vorzeitige Auflösung jederzeit möglich ist, was die Kontinuität der Macht sichern soll (der Usus will keinen Wechsel, sondern Dauer), rechnet man mit einem Termin im Herbst 1983, weil somit die womöglich ungünstige Zeitnot des „letzten Drückers“ vermieden würde. Doch wann auch immer: die Abgeordneten beginnen zu rechnen. Viele in Frau Thatchers Lager sind mit deren Sieg von 1979 frisch ins Parlament gelangt, zum Teil mit Mehrheiten von gefährlicher Dünne. Sie möchten wiedergewählt werden und beginnen nach der dafür besten Politik ihrer Regierung zu fragen. Besteht sie in der Konfrontation? Eine Reihe von Rebellen deutet darauf hin, daß diese „Minister von übermorgen“ lieber „Konsensus“ als „Kampf“ auf der Parteifahne lesen würden.

Sicher auch mit dem Blick auf eine geschlossene Front hat die Regierung für 1983 keine allzu kontroversen Gesetze im Sinn. Vor Wahlen muß Ruhe im Hause herrschen — die Pannen kommen von selbst. Daß der Verkauf von Nordsee-Öl-Aktien an das Volk eine Riesenpleite wurde, war nicht vorauszusehen und hat der Privatisierungskampagne der Konservativen einen Streich gespielt. Der Mehrzahl der Bevölkerung ist an einem Mitbesitz an den Produktionsmitteln so wenig gelegen wie an einem Depot von Papieren der Produktionsstätten. Die Umverteilungsfeldzüge von Links nach Rechts tangieren offenbar einen weit geringeren Teil der Angesprochenen als die Politiker wissen oder wissen wollen. Das wird diese nicht abhalten, auch im kommenden Jahr wieder die Wahlmanifeste mit dem Pro und Kontra der Eigentumsdebatte zu füllen. Erfolg oder Nichterfolg eines Unternehmens erweisen sich gerade in England als keineswegs direkte Funktionen der Besitzform: Zur Abwechslung machte jetzt die staatliche Fluggesellschaft mal einen Gewinn, wohingegen Lloyds, das Versicherungszentrum, ein Tempel des Privatkapitals, einen unabhängigen Aufseher verordnet bekommen soll, weil es dort drunter und drüber geht, peinlich für Einleger, City und Nation.

Dergleichen entscheidet jedoch keine Parlamentswahl. Auch die Serie von Skandalen im Dschungel der Geheimdienste bringt oder nimmt keine Stimmenpakete. Zwar hat wieder ein sowjetischer Marine-Attaché das Land wegen angeblicher Spionage verlassen müssen, die Gedanken eilen zwanzig Jahre zurück zur Iwanow-Profumo-Keeler-Affäre. Aber Ihrer Majestät Minister haben daraus gelernt. Alles

läßt sich vertuschen und bagatellisieren, solange nicht die Aufseher selbst einer verschärften Aufsicht bedürftig scheinen. Trotz des unersättlichen Interesses an solchen MI 5- und MI 6-Affären ist es die britische Öffentlichkeit zufrieden, wenn die Wahrheit hinterm Schleier der Gesetze zum Schutz der Staatsgeheimnisse verbleibt, solange nur John Le Carré dafür sorgt, daß man wohlverdachte Ersatzhandlungen ausführlich auf dem Bildschirm verfolgen kann. Der Ruf nach parlamentarischer Kontrolle dieser inkompetenten Ex-Obristen, die jene durchlöcherten Organisationen beaufsichtigen, wird sicher kein Wahlschlager werden. Es ist auch zu spät, das deutsche Nachkriegsrezept zu empfehlen, wonach es besser scheint, sich einen Geheimdienst samt dessen Kontrolle zuzulegen, *ehe* man irgendwelche Geheimnisse besitzt, statt umgekehrt mit den Geheimnissen zu beginnen und dann nach der Überwachung der Wächter zu rufen.

Schwer sagen läßt sich dagegen, ob nicht doch auch im 20. Jahrhundert noch einmal eine Londoner Regierung über die Ereignisse auf der Nachbar-Insel Irland stürzt, wie das vor hundert Jahren gang und gäbe war. Die Zustände in Ulster schreien zum Himmel. Eine auf das Alibi aller britischen Regierungen erpichte Politik hat ausgangs des Jahres mit überflüssigen „Wahlen“ zu einem bedeutungslosen Regional-Gremium die Emotionen angeheizt, die bereits während des Sommers heftig loderten (Attentate im Londoner Hyde und Regent's Park). Es gibt in Nordirland nur zwei Lösungen: entweder die des Spätkolonialismus, der durch britische Direktherrschaft die 1920 künstlich geschaffenen Mehrheitsverhältnisse zugunsten der probritischen Protestanten durchhält, ohne sich durch Terrorismus, internationalen Unmut und eigene Anfechtungen irritieren zu lassen (bei gleichzeitigem Schutz der Minderheit vor Übervorteilung durch die „ewige Majorität“), oder den bedingungslosen Abzug, der die Provinz sich selbst überläßt im Rahmen eines oktroyierten britisch-gesamtirischen Rahmenwerks. Beide Wege führen durch Blut. Wenig läßt sich für 1983 mit solch tödlicher Gewißheit voraussagen wie die Fortsetzung des Mordens in Ulster. Aber der Gedanke sei erlaubt, ob die Zahl der Toten seit Beginn der gegenwärtigen Phase des Bürgerkriegs (die ja nicht die erste ist), also seit 1969 bis heute, denn wohl so sehr viel höher wäre, hätte London damals sofort einen Vorschlag der stufenweisen Ausgliederung Nordirlands aus dem Vereinigten Königreich vorgelegt. Statt dessen lösen Terrorkam-

pagnen und vergebliche politische „Initiativen“ einander ab. Der Bevölkerung der Provinz wurde soeben die Farce einer Abstimmung zugemutet, aus der Abgeordnete hervorgegangen sind, die dann nicht einmal die Hauptstadt des Landes besuchen durften, dem Ulster angeblich unbedingt zugehören soll. Dies ist nicht Politik, es ist — um mit Disraeli zu reden — die organisierte Heuchelei, wiederum von allen Parteien oder zumindest deren Führungen abgesehnet. Aber eben deshalb darf man nicht hoffen, daß jemals etwa eine englische Wahl diesen unleidlichen Zustand zum Thema erhebt und die Politiker darauf festlegt, eine klare Entscheidung zu treffen. Es ist aber nur der Schwebezustand aus britischer Halbherzigkeit, der die Terroristen gedeihen läßt. Wenig Hoffnung also für Nordirland im nächsten Jahr.

War bisher von den Fehlschlägen, den Erfolgen und Befürchtungen der konservativen Regierung die Rede, so wird es Zeit, sich im Lager ihrer Gegner umzusehen. Haben die Briten einen Grund, 1983 Labour oder die neue Allianz aus Sozialdemokraten und Liberalen vorzuziehen? Hätte in den letzten zwanzig Jahren eine Londoner Regierung einen bestimmten wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Kurs mit solcher Radikalität verfochten wie das Kabinett Thatcher, der Umschwung wäre unausbleiblich gewesen. Aber dies sind nicht „die letzten 20 Jahre“, sondern vielmehr ungewöhnliche Umstände. Ausnahmsweise haben die Konservativen einmal keine Schönwetter-Periode erwischt (wie Churchill und Macmillan nach 1951), sondern müssen Krisen-Management betreiben, eine Rolle, die sie gern ändern überlassen hätten, die sich aber als speziell auf Frau Thatcher zugeschnitten erweist und die im wesentlichen aus großer Unbeirrbarkeit besteht. Deren Schattenseiten kennt das Land und wird sie gegen die Defizite im Persönlichkeitshaushalt des Oppositionsführers wägen müssen. Michael Foot hat im abgelaufenen Jahr viele Beweise dafür geliefert, daß man ihn umgekehrt als einen Prototyp der Beirrbarkeit sehen muß. Das hängt nicht nur mit der Veranlagung des ans Sowohl-als-Auch gewöhnten Intellektuellen zusammen oder mit Erfahrungswerten aus langen Jahren eines idealistisch getönten Sozialismus; es gehört auch zum Arbeitsstil eines jeden Labour-Parteiführers. Diese Bewegung kennt nicht die Kür eines Chefs, der bis zum Beweis schlimmen Versagens nahezu unangefochten walten darf. Dafür setzt sie ihn auch nicht so rüde vor die Tür wie die Konservati-

ven es tun, die auf die gewährte Generalvollmacht rasch das Scherbengericht folgen lassen.

Das Vertrauen in Frau Thatcher gilt noch, und ihr müßte eigentlich ein Opponent entgegengestellt werden, der mehr mitbringt als Integrität und gut geschriebene Bücher. Michael Foot hat Grundsätze, aber er läßt sich beirren. 1981 nahm er am Heldengedenktage desinteressiert und statt in solennem Dunkel in einer Art von Windjacke teil. Diese Verachtung des Militärzeremoniells wagte er 1982 nicht zu wiederholen, weil Falkland dazwischen lag. Gegen trotzkistische Wahlkreiskandidaten in seiner Partei argumentierte er zunächst wortstark, schreckte dann aber vor dem Kampf in den Ortsverbänden zurück. Mag sein, daß viele Wähler ihn als Mensch vorziehen und den vielzitierten Gebrauchtwagen lieber bei ihm kaufen würden. Aber Downing Street 10 ist kein Autoladen.

Wenn es um Sachfragen geht, verkürzt sich der Abstand zwischen Konservativen und Labour. Die Wähler wissen, daß an der Massenarbeitslosigkeit nicht *nur* die Weltrezession schuld ist, sondern auch die Gesundschumpfungspolitik der gegenwärtigen Regierung. Sie spüren, daß es auf die Dauer nicht gesund sein kann, wenn unproduktive Betriebe eingehen und der Staat spart, nur um alles Gewonnene für die unproduktivste aller Tätigkeiten wieder auszugeben, nämlich für die Untätigkeit. Diesen Widerspruch in der Thatcher-Politik nicht genügend und nicht pausenlos genug angeprangert zu haben, könnte Labour die Wahl kosten. Wenn im Programm der Opposition eine dreiprozentige Pfundabwertung als Hauptmittel der Wirtschaftsankurbelung auftaucht, so geht das nicht nur den Unternehmern zu weit (auch denen, die nichts gegen verbesserte Exportchancen hätten), sondern es erweckt den Eindruck der Unseriosität. 10 Prozent wären ein überzeugender Schnitt, 30 Prozent hört sich nach Gemetzel an. Besser auch als Milliarden spritzen zur Behebung der Arbeitslosigkeit wären greifbare Maßnahmen, die an Glaubwürdigkeit gewinnen, würden sie von den Gewerkschaften und Labour in sichtbarem Einvernehmen vorgeschlagen. Auch der an Frau Thatchers Monetarismus zweifelnde Bürger traut dem Frieden dieser beiden ungleichen Brüder der Labourbewegung nie ganz über den Weg. Er findet wohl auch, daß es zwischen dem Atom-U-Boot-Ehrgeiz der Konservativen und dem einseitigen Abrüstungsplan der Labour Party Mitteldinge geben müsse.

Bietet sich ihm dafür nicht die neue Allianz an? In den Umfragen ist sie während der letzten zwölf Monate stark abgesackt. Ob man ihr nun 20 oder 25 Prozent zubilligt — beeindruckende Ziffern wären das nur unter einem Verhältniswahlrecht. In Großbritannien aber kann man damit auf ein paar Mandaten sitzenbleiben; die Liberalen wissen ihr Lied davon zu singen. Die Sozialdemokraten haben inzwischen das Siegen verlernt, und sie führen ihren Popularitätsverlust nahezu ausschließlich auf den Falkland-Krieg zurück, der Frau Thatcher wieder zugetrieben habe, was von ihr schon abgefallen schien. Das ist Selbsttäuschung. Die neue Partei hat nicht klarzumachen gewußt, wo ihr Schwerpunkt liegt, wen sie eigentlich aus der Parteienlandschaft verdrängen will, Labour oder die Konservativen. Sie ist für Gewerkschaftsreform; aber das besorgt der konservative Arbeitsminister weit aus besser. Sie verurteilt die Inhumanität der Thatcher-Politik, deretwegen in manchen Regionen des Landes 20 Prozent ohne Beschäftigung und ohne Hoffnung auf Arbeit leben; aber das anzuprangern ist die Domäne der Labour Party. Die Sozialdemokraten wollen allen alles sein und sind zu vielen nichts. Auch haben sie wohl in einer Zeit, da starke Dosen von Patriotismus gefragt sind, während Toleranz (gegen Farbige und Fremde), Freihandel und Hilfe für die Dritte Welt und alle diese schönen Dinge geringen Kurswert genießen, den falschen Mann an die Spitze gestellt. Der mag, was ihn ehrt, auf seine Ideale nicht verzichten, und wenn er doch einmal anders redet, klingt das unglaubwürdig. Roy Jenkins war zwar ein exzellenter Innenminister, aber ehemals, als noch alles viel einfacher schien. Ein sympathischer Mensch mit einem Vielzweckprogramm — ist das eine Gefahr für die Premierministerin und ihre wenigen, aber klar faßlichen Prinzipien?

Die Wahl, wenn sie denn im neuen Jahr kommt, kann den Briten also nicht schwerfallen. Niemand wird sich beklagen dürfen, es gebe keine Unterschiede zwischen den Parteien. Das eine oder andere kleine Wahlgeschenk wird Finanzminister Howe aus dem abgeschabten Etat-Köffchen ziehen, wenn der April kommt. In ein Füllhorn kann sich das Utensil jedoch kaum verwandeln, der Falklandkrieg will bezahlt, die Arbeitslosen müssen unterstützt werden. Die wichtigste Wohltat mag darin bestehen, daß der britische Bürger vielleicht nicht so hart, wie er unter solchen Umständen eigentlich müßte, zur Kasse gebeten wird. Im übrigen ist Verträ-

stung sein Los, und das ist sie schon Jahreswechsel um Jahreswechsel, Wahl um Wahl — seit etwa zwanzig Jahren.

Eigentlich dürften die Politiker des Landes bald einmal damit beginnen, den Bürger dafür zu belohnen, daß er das alles ohne zu murren fortwährend hinnimmt. Sieht man von rückläufigen Streikwellen ab und von den Protesten der farbigen Jugendlichen in den Großstädten im Jahre 1981, so hat nichts von dem

stattgefunden, was so mancher Psychologe, Sozialarbeiter, Kommentator oder Pädagoge schon so oft als irgendwann unvermeidlich eintretend befürchtet hat: Sturmflug gegen Direktionsgebäude und Gewerkschaftsbüros, Supermärkte und Rathäuser, Fernsehstudios, Polizeireviere und Ministerien. 25 Prozent Stimmen-Versagung bei Wahlen wären eine milde Reaktion der Volksgalle, zu der Regierende wie Opponierende sich beglückwünschen dürfen.

Japan: Mythos und Automation

Die Meldung erregte in der japanischen Öffentlichkeit kaum noch Aufsehen. Die Fraktion des ehemaligen Premierministers Kakuei Tanaka, ohnehin der zahlenmäßig stärkste Block innerhalb der regierenden Liberal-Demokratischen Partei (LDP), habe neuen Zulauf erhalten; sie umfasse jetzt 110 Abgeordnete im japanischen Unterhaus. Die Nachricht verweist auf ein Phänomen, das es in anderen parlamentarisch regierten Ländern nicht gibt: Ein einzelner Politiker, obwohl formell nicht Mitglied der Regierungspartei, bestimmt ohne Bestätigung durch das Parlament die Richtlinien der Politik — eben jener Kakuei Tanaka, Hauptangeklagter im Prozeß um den Lockheed-Bestechungsskandal, der 1974 sein Regierungsamts aufgeben mußte, weil er bei der Vergabe staatlicher Aufträge seine eigenen Industrieunternehmen vorrangig bedacht hatte.

Am Einfluß des „Shogun im Dunkel“, wie japanische Zeitungen den Ex-Premier nennen, hat sich auch unter der neuen japanischen Regierung nichts geändert. Im Gegenteil: Die Macht Tanakas nahm mit dem Amtsantritt von Premierminister Yasuhiro Nakasone noch beträchtlich zu. Ein Drittel des Ende November 1982 gebildeten Kabinetts besteht aus Tanaka-Gefolgsleuten. Nachdem der Tanaka-Flügel Nakasone zum höchsten Regierungssamt verholfen hatte, präsentierte deren Anführer die Rechnung. Nicht weniger als sechs Kabinettsposten wurden der größten Fraktion zugesprochen, mehr als ihr nach dem komplizierten Proporzsystem zustanden, wonach die Macht zwischen den verschiedenen Gruppen und Flügeln aufgeteilt wird. Da auch die Spitze der LDP mit Tanaka-Anhängern besetzt ist, kontrolliert der „Shogun im Dunkel“ sämtliche Schlüsselpositionen in Partei und Regierung. Sogar das Justizministerium wurde einem Mann anvertraut, der enge Kontakte zum ehemaligen Regierungschef unterhält. Akira Hatano, ein pensionierter Polizei-Offizier, hatte schon als Oberhausabgeordneter zugunsten des Lockheed-Angeklagten Tanaka interveniert und die Prozeßführung eines Richters kritisiert. Während der Amtszeit von Justizminister Hatano, wahrscheinlich schon im kommenden Frühjahr, wird das Urteil gegen den Hauptangeklagten Tanaka gesprochen werden. Kaum war die Kritik an der unausgewo-

genen Kabinettsliste verstummt, da erschienen in der Presse erste Berichte über Verbindungen Hatanos und seines Kabinettskollegen, Arbeitsminister Akira Ono, zu rechtsradikalen und kriminellen Organisationen. Das Ansehen des Kabinetts Nakasone befand sich bereits auf dem Nullpunkt, noch bevor es zu regieren begonnen hatte.

Der neue Premierminister ist allerdings nicht nur der „Schattengeneral“ Tanakas. Der Wechsel von Zenko Suzuki zu Yasuhiro Nakasone bedeutet gleichzeitig eine Zäsur in der japanischen Innenpolitik, die nach dem Urteil der meisten Beobachter im Jahr 1983 interessanter und konturenreicher als bisher sein wird. Was bislang eher verdeckt und halbherzig betrieben wurde — etwa die Aufrüstung der japanischen Selbstverteidigungstreitkräfte, die Revision der auf Pazifismus und Ausgleich mit den Nachbarländern angelegten Verfassung und die Tilgung dunkler Flecke der jüngsten Geschichte —, das wird in Zukunft offen und ohne Rücksicht auf noch vorhandene Widerstände in der Bevölkerung praktiziert werden.

„Ich habe das Gefühl, ein Gebirge erklommen zu haben, und was ich jetzt schon versprechen kann, ist eine starke Führung.“ Mit diesem Satz hatte Nakasone das Ergebnis der innerparteilichen Vorwahlen kommentiert, die ihm den Weg zum Ministerpräsidentenamts ebneten. Das Profil dieses Mannes hat sich der japanischen Öffentlichkeit scharf eingepägt. Nakasone gehört zum äußersten rechten Flügel der Liberal-Demokratischen Partei. Allerdings, wenn es die Tagespolitik gebietet oder dem eigenen Fortkommen nützt, dann paktiert er auch mit denen, die eher zu seinen politischen Gegnern zählen. Diese Taktik hat ihm den Spitznamen „Wetterhahn“ eingebracht. „Im Grunde seines Herzens ist Nakasone ein Nationalist“, schrieb eine japanische Zeitung. Manche halten ihn auch für einen Militaristen. Japanische Kommentatoren zitierten nach seiner Wahl mit Vorliebe aus Reden, die der Regierungschef einst als Verteidigungsminister gehalten hat, Reden, in denen er das Militärische in Gedichtform pries, in denen er den Kaiser, in dessen Namen der Pazifische Krieg geführt worden war, als „das geistige Zentrum des Volkes“ rühmte.

In seiner langen politischen Laufbahn erregte Nakasone immer wieder Aufsehen. 1947 war er im ersten Nachkriegsparlament mit 27 Jahren der jüngste Abgeordnete; er gehörte zu den sogenannten Jung-Türken, die bereits in den fünfziger Jahren die Aufkündigung des gerade geschlossenen Sicherheitsvertrages mit den USA forderten. Dafür belohnte ihn der damalige Premierminister Nobusuke Kishi, der von den Amerikanern nach 1945 als Kriegsverbrecher eingestuft worden war, mit dem Amt des Wissenschaftsministers. Von dieser Plattform aus trieb Nakasone seine Pläne für eine wirtschaftliche Nutzung der Kernenergie voran — zu einer Zeit, als Japan gerade begann, die Erfahrungen mit den grauenhaften Atomexplosionen von Hiroshima und Nagasaki aufzuarbeiten. Schläue und Entschlossenheit im Handeln zeichnen den neuen japanischen Premierminister aus, und darin unterscheidet er sich von seinem Vorgänger Zenko Suzuki, der in einer Woge von Harmonie die Politik des Landes austarieren wollte und damit scheiterte.

Entsprechend verlief der Start der neuen Regierung. Bereits in seiner ersten Pressekonferenz verdeutlichte der Regierungschef seine vorrangigen Ziele: Das Verteidigungspotential des Landes müsse gestärkt und nach Möglichkeit die auf Pazifismus angelegte Verfassung revidiert werden. Dabei sieht Nakasone in der amerikanischen Regierung einen wichtigen Bündnispartner. Das Drängen der USA auf eine forcierte Rüstungspolitik stößt beim neuen Premierminister auf offene Ohren. Mit Hilfe der westlichen Führungsmacht und deren Verbündeten möchte er die letzten Barrieren beiseite räumen, die einem militärisch starken Japan noch entgegenstehen. Nakasone versichert: „Ich kann die Forderungen der USA, Großbritanniens und der Bundesrepublik, daß Japan seine Verteidigungsaufgaben erhöhen sollte, völlig verstehen.“ Am Ende könnten sich die Wege Japans und der Vereinigten Staaten allerdings wieder trennen, denn Washington denkt langfristig an eine Einbindung des fernöstlichen Inselreiches in das eigene global-strategische Konzept, während Nakasone wohl noch immer von einer autonomen Militärmacht träumt mit einer klaren Vormachtstellung in Nord- und Südostasien.

Was bei der verteidigungspolitischen Diskussion leicht übersehen wird, ist die Tatsache, daß Japan bereits heute die achtstärkste Militärmacht der Welt darstellt und sich auf dem Weg zur Spitzengruppe befindet. Schon unter

Zenko Suzuki hatte der Nationale Verteidigungsrat eine Anhebung der Verteidigungsausgaben für 1983 um 7,3 Prozent beschlossen. Außerdem wurde ein militärisches Beschaffungsprogramm in Höhe von umgerechnet 40 Milliarden Mark verabschiedet. Schließlich vereinbarte Japan mit den USA einen Operationsplan, wonach die Selbstverteidigungstreitkräfte den Schutz der Seerouten im Umkreis von 1 000 Meilen um Japan übernehmen sollen.

Die Konsequenzen dieser Anfang September 1982 auf Honolulu getroffenen Vereinbarung müssen noch untersucht werden. Nach ersten Schätzungen wären für eine solche Aufgabe 20 zusätzliche Unterseeboote, 100 U-Boot-Aufklärer und 200 F-15-Jäger erforderlich. Von den Kosten her wäre dies etwa das Doppelte dessen, was für die kommenden fünf Jahre im militärischen Beschaffungsprogramm vorgesehen ist.

Abgesprochen ist zwischen Washington und Tokio ferner die Stationierung von amerikanischen F-16-Jägern auf dem nordjapanischen Stützpunkt Misawa (Nordhonschu). Die Reichweite dieser mit Atombomben bestückten Maschinen liegt bei 800 Kilometern, und das bedeutet, daß sie im Ernstfall gegen Wladiwostok und Sachalin eingesetzt werden könnten. Die Stationierung von 50 modernen Jägern, die 1985 beginnen soll, hat die Einkreisungsängste der Sowjetunion neu belebt. Moskau protestierte in scharfer Form und sprach von Kriegsvorbereitungen.

Dieses Beispiel zeigt, daß jede Veränderung im militärisch-strategischen Bereich sofort empfindliche Reaktionen provoziert. Das gilt keineswegs nur in bezug auf die Sowjetunion; die Präsidenten der Philippinen und Indonesiens, Ferdinand Marcos und Suharto, bewerteten sich bei Besuchen in Washington im September beziehungsweise November 1982 über japanische Aufrüstungspläne und kündigten ihren energischen Widerstand an. Für diese Länder, die im pazifischen Krieg Opfer der japanischen Großmacht wurden, wäre es unerträglich, wenn das Kaiserreich demnächst in Ostasien militärisch erneut die Oberhand gewinnen würde.

Auch für viele Japaner ist ein solcher Gedanke schier unvorstellbar. Im Land der aufgehenden Sonne entstand im Laufe des Jahres 1982 eine Friedensbewegung, deren Intensität im In- und Ausland überraschte. Inspiriert von ähnlichen Aktionen in Westeuropa und den USA organisierten Basisgruppen Kundgebun-

gen in Hiroshima und Tokio, an denen sich Hunderttausende von Menschen beteiligten; daneben gab es zahlreiche Einzelinitiativen. Wohl zum erstenmal seit Kriegsende erreichte die bis dahin auf einige wenige Gruppen beschränkte Friedensbewegung die Masse der Bevölkerung in Japan.

In dieser Bewegung steckt ein Potential, das die Aufrüstungspläne von Premierminister Nakasone durchkreuzen könnte. Parlamentarischen Widerstand muß der Regierungschef dagegen weniger befürchten, denn die Opposition im Unterhaus befindet sich in einem desolaten Zustand. Sie hat die Regierungskrise des vergangenen Sommers regelrecht verschlafen und ist ansonsten weitgehend mit sich selbst beschäftigt. So steckt die größte Oppositionspartei, die sozialistische Partei Japans, in einer schweren Krise. Sie hat kaum überzeugende Alternativen anzubieten, weder personell noch programmatisch. Dabei ist der demokratische Machtwechsel, der im Nachkriegs-Japan noch nicht stattgefunden hat, längst überfällig. Die Liberal-Demokratische Partei hat sich in langen Regierungsjahren — sie stellt seit 1955 ununterbrochen den Premierminister — völlig zerschlagen. Filz und Korruption untergraben nicht nur Glaubwürdigkeit und Ansehen der LDP, sondern gefährden zusehends das gesamte parlamentarische System.

Nach außen allerdings funktioniert dieses System reibungslos; aber die nicht enden wollende Kette von Bestechungsskandalen, die Verquickung von Politik und Geschäft, die Fernsteuerung der Regierung durch den wegen krimineller Handlungen angeklagten Expremier Tanaka — das alles erzeugt gefährliche Stimmungen in der Bevölkerung und leistet antidemokratischen Entwicklungen Vorschub. Während die radikale Linke in Japan fast gänzlich von der Bildfläche verschwunden ist, verspüren rechtsextremistische Organisationen einen Auftrieb wie nie zuvor. Polizeistatistiken belegen, daß solche Gruppen immer gewalttätiger werden, um die Bevölkerung einzuschüchtern und auf sich aufmerksam zu machen.

Fragen der inneren Stabilität und der äußeren Sicherheit werden in den kommenden Monaten in der öffentlichen Auseinandersetzung eine wichtige Rolle spielen. Premierminister Nakasone ist offensichtlich bereit, für seine langfristigen militärischen Ziele kurzfristige handelspolitische Interessen zu opfern, zumindest gegenüber *einem* Land: Der Regierung in

Washington signalisierte er Kompromißbereitschaft in der Frage amerikanischer Agrarexporte nach Japan. Bereits im Januar will der japanische Regierungschef im Weißen Haus seinen Antrittsbesuch machen. Bis dahin soll das brisante Thema „Handelsausgleich“ entschärft werden, damit genügend Raum für die Verteidigungspolitik bleibt.

Durch die japanische Exportoffensive ist der Handel mit den USA und Westeuropa völlig aus dem Lot geraten. Allerdings können die Europäer kaum mit so viel Verständnis und Kompromißbereitschaft rechnen wie die Amerikaner. Für sie gilt offensichtlich, was der neue Außenhandelsminister Sadanori Yamana in einem Interview als Richtlinie verkündete. Er sagte, er werde den Handelspartnern Japans genau darlegen, was sein Land tun und was es nicht tun könne, um den Binnenmarkt zu öffnen. Yamana empfahl interessierten Unternehmern, sich weniger über die Abschottung des japanischen Marktes zu beklagen und sich statt dessen etwas mehr anzustrengen, um ihre Produkte in Japan an den Mann zu bringen. Dafür seien jedoch gewisse Grundkenntnisse der japanischen Sprache unerlässlich. Eine erste Kostprobe dieser kompromißlosen Haltung bekam die Delegation der Europäischen Gemeinschaft schon Mitte Dezember 1982 bei den regelmäßig stattfindenden Konsultationen mit japanischen Regierungsvertretern zu spüren. Frustriert und entnervt mußte die aus Brüssel angereiste Abordnung nach dreitägiger Beratung feststellen, daß von der Regierung Nakasone offensichtlich noch weniger Zugeständnisse als von ihrer Vorgängerin zu erwarten sind.

Die Unnachgiebigkeit der japanischen Regierung in Fragen des Außenhandels besitzt verschiedene Ursachen. Da hat die erfolgreiche Exportoffensive ihren Zenit überschritten, auch wenn einzelne Hersteller noch Rekordergebnisse melden; insgesamt jedoch zeigt die Kurve deutlich nach unten. Parallel dazu zeigt der japanische Binnenmarkt Symptome der Schwäche. Dies macht sich in den öffentlichen Haushalten durch sinkende Steuereinnahmen bemerkbar. Hier liegt auch die „natürliche Grenze“ aller Aufrüstungswünsche des neuen japanischen Premierministers. Bei einem Haushaltsdefizit, das sich im Laufe des Jahres 1983 voraussichtlich bei 60 Milliarden Mark einpendeln wird, lassen sich kostspielige Rüstungsprojekte nur schwer finanzieren.

Die Suche nach Mitteln und Wegen, neu aufgerissene Finanzlücken zu stopfen, dürften

den Regierungschef noch monatelang beschäftigen. Dabei gerät er immer tiefer zwischen zwei deutlich sich abzeichnende Fronten: Auf der einen Seite steht die Industrie, die angesichts der sich verschlechternden Wirtschaftslage Steuererleichterungen verlangt, auf der anderen Seite die Masse der Beschäftigten, die steuerlich zur Kasse gebeten werden soll, damit der von Ministerpräsident Suzuki ausgerufenen fiskalische Notstand nicht zum Dauerzustand wird.

Eine äußerst unpopuläre Maßnahme hatte Suzuki seinem Nachfolger bereits abgenommen: das Einfrieren der Gehälter der Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst. Der neue Finanzminister Noboru Takeshita dachte schon wenige Tage nach seiner Amtsübernahme laut über neue indirekte Steuern nach. Die Einführung der Mehrwertsteuer hat die Regierungspartei bislang zwar immer wieder mit Rücksicht auf Wahlen zurückgestellt, aber der Macher Nakasone wird auch diese Hürde umgehen; da ihm — fiskalisch gesehen — das Wasser bereits jetzt bis zum Halse steht, dürfte er auch vor neuen Schnitten an dem sehr weitmaschigen sozialen Netz keineswegs zurückschrecken. Schon Ministerpräsident Suzuki lastete den Rentnern und anderen sozialschwachen Gruppen zusätzliche Bürden auf, um sein Rüstungsprogramm finanzieren zu können. Sein Nachfolger ist in dieser Hinsicht mit noch weniger Skrupeln behaftet.

Die Frage, ob sich die japanische Wirtschaft 1983 schnell erholen wird, ist schwer zu beantworten. Im Oktober 1982 hatte die Regierung Suzuki ein Programm von 20 Milliarden Mark zur Ankurbelung der Wirtschaft verabschiedet. Das Geld war für den Wiederaufbau der im vorangegangenen Sommer von Taifunen und Überschwemmungen heimgesuchten Regionen in Süd-Japan gedacht, außerdem zur Belebung des privaten Wohnungsbaus sowie zur Förderung von kleinen und mittleren sowie von strukturschwachen Branchen.

War die Lage der japanischen Wirtschaft wirklich so schlecht, daß sie ein solches Konjunkturprogramm brauchte? Diese Frage stellte sich vor allem das westliche Ausland, nachdem es sich gerade mit dem japanischen Wirtschaftswunder abgefunden hatte, auch mit der scheinbar unumstößlichen Tatsache, daß das fernöstliche Land in einem Meer von Rezession, Inflation und Arbeitslosigkeit eine Insel der Stabilität blieb und als scheinbarer Nutznießer des weltweiten wirtschaftlichen Niedergangs auftrat. Von einer Wirtschaftskrise kann in bezug auf Japan noch keine

Rede sein: Die japanische Handelsbilanz ist nach wie vor positiv, der Export garantiert weiterhin einen beachtlichen Auftragsbestand. Allerdings sind auch die Krisensymptome nicht zu übersehen. In vielen Bereichen stoßen die Produzenten mit ihren Waren auf gesättigte Märkte, und die bislang schier grenzenlose Konsumbereitschaft der Japaner läßt nach. Die Anzeichen für ein weiteres Ansteigen der Arbeitslosigkeit häufen sich. Gleichzeitig geht die Investitionsneigung vieler kleiner und mittlerer Betriebe zurück. Sie funktionieren in schlechten Zeiten „traditionell“ als Konjunkturpuffer für die großen japanischen Handelshäuser, die Wirtschaftsgiganten, die ihre Gewinnerwartungen ebenfalls zurückschrauben mußten.

Spektakuläre Firmenzusammenbrüche wie in der Bundesrepublik hat es in Japan jedoch bisher nicht gegeben. Sie sind bei der engen Verflechtung der Großunternehmen, die mit verteiltem Risiko arbeiten, auch vorerst nicht zu erwarten. Die extreme Exportabhängigkeit bedeutet jedoch zugleich ein hohes Maß an Anfälligkeit für negative Einflüsse von außen. Das hat die zurückliegende Flaute bewiesen. Dennoch ist Japan für die Krise besser gerüstet als vergleichbare westeuropäische Länder. Die Industrieanlagen der Hersteller von Massenwaren befinden sich auf dem modernsten Stand. Die Anstrengungen bei der Rationalisierung und der Automatisierung schufen Wettbewerbsvorteile, von denen Japan noch eine ganze Zeit lang zehren kann. Aber auch hier gilt eine wichtige Einschränkung: Die Ausgrenzung des Menschen aus den Fabrikhallen und demnächst aus den Bürohäusern schafft soziale Probleme, die einige westeuropäische Länder gerade zu spüren beginnen, in Japan jedoch noch nicht ins Bewußtsein einer breiten Öffentlichkeit gedrungen sind. In diesem fernöstlichen Land herrscht weiterhin ein fröhlicher Fortschrittsglaube, in dem kein Platz ist für die Vorstellung von einem Millionenheer von Arbeitslosen, das eines Tages die Volkswirtschaft belasten könnte. Von dieser Entwicklung wird Japan mit Sicherheit eingeholt werden, wenn das Tempo der Robotisierung in der Industrie beibehalten wird.

Der neue japanische Premierminister hat der Bevölkerung bei mehreren Gelegenheiten versprochen, er werde eine Politik machen, die die Menschen verstehen könnten. Unangenehme Wahrheiten, etwa über Massenarbeitslosigkeit als Folge der Automation, hat er jedoch bislang für sich behalten. Von seinem Vorgänger erbte Nakasone noch eine andere

Hypothek, über die er ebenfalls nur ungerne öffentlich spricht: Gemeint ist das Umschreiben der japanischen Schulbücher. Jener Versuch des japanischen Erziehungsministeriums vom Herbst 1982, die für den Unterricht an den Oberschulen gebräuchlichen Geschichtsbücher von den dunklen Flecken der Vergangenheit zu säubern. Nach Art und Umfang war diese Schulbuchrevision gewiß einmalig; aber ansonsten paßte sie zu der seit langem praktizierten Tendenz, die Rolle Japans als Kolonial- und Imperial-Macht zu verharmlosen und die für den pazifischen Krieg verantwortlichen Politiker und Militärs zu rehabilitieren. In Japan werden, wie in der Bundesrepublik und anderswo auch, Schulbücher von privaten Verlagen hergestellt. Der Inhalt muß jedoch regelmäßig vom Erziehungsministerium in Tokio neu genehmigt werden. Die zuständigen Beamten haben dafür ein System entwickelt, das in den Augen betroffener Autoren und Professoren eine direkte staatliche Zensur darstellt. Einige Verlage sind im Laufe der Jahre deshalb dazu übergegangen, die Wünsche der Kulturbürokratie zu berücksichtigen, noch bevor sie geäußert wurden — mit der Folge, daß die meisten Schulbücher in Japan Langeweile atmen und jeden Hauch eines Fortschrittsgeistes vermissen lassen.

Für 1982 hatten die Beamten eine besonders lange Liste von Korrekturen und Auflagen für die Geschichtsbücher erarbeitet, die sie im nachhinein gerne als „Empfehlungen“ deklarieren möchten. Aber jeder Schulbuch-Verlag weiß auch, was es heißt, wenn er sich nicht an solche „Empfehlungen“ hält: Der betreffende Verlag wird sofort aus dem Kreis der Lieferanten ausgeschlossen. So setzten die Beamten durch, daß Begriffe wie „Aggression“ in Verbindung mit der Eroberung weiter Teile Chinas durch die kaiserliche japanische Armee

durch verharmlosende Bezeichnungen wie „Vormarsch“ ersetzt wurden, daß Fakten, etwa über das Massaker von Nanking im Jahre 1937 mit etwa 200 000 Toten, unterschlagen wurden, daß die Verschleppung von Zehntausenden von Koreanern als legaler Akt dargestellt wurde usw.

Mit solch plumper Geschichtsklitterung erreichte die japanische Regierung allerdings das Gegenteil dessen, was sie beabsichtigte. Die Bevölkerung geriet in eine Auseinandersetzung mit der jüngsten Vergangenheit, die es in dieser Breite und Intensität noch nicht gegeben hatte. Die asiatischen Nachbarn, voran die Volksrepublik China und Südkorea, reagierten mit einer seit Jahren nicht mehr gekannten Betroffenheit und Schärfe. Eine antijapanische Welle in Nordost- und Südostasien spülte vieles wieder von dem hoch, was in den Nachkriegsjahrzehnten mühsam verdeckt worden war. Das Bild des häßlichen Japaners war wiedererstanden — dank der japanischen Regierung, die sich im Handstreichverfahren von der dunklen Vergangenheit hatte reinwaschen wollen.

Weil schließlich sogar ernste diplomatische Verwicklungen drohten, sah sich das Kabinett Suzuki nach wochenlangem Lavieren gezwungen, eine Korrektur der Schulbuchkorrektur in Aussicht zu stellen: Ab 1985 sollen die Unterrichtsbücher von solchen Passagen gesäubert werden, die bei den asiatischen Nachbarn Proteste ausgelöst hatten.

Beide hier genannten Beispiele — die Aufrüstungskampagne und der Schulbuchstreit — haben, soweit sie auch auf den ersten Blick auseinanderzuliegen scheinen, durchaus exemplarischen Charakter. Denn sie verdeutlichen, wie schnell Japan von der eigenen Vergangenheit eingeholt wird und wie eng dadurch der Handlungsspielraum geworden ist.

Ulrich Schiller: Amerika, hast Du es besser?

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 1/83, S. 3—9

An der Jahreswende stehen in den USA weniger die komplizierten Probleme der internationalen Politik im Vordergrund, sondern die drängende Frage: Hat Ronald Reagan kein Herz für die Armen? Der Präsident wird sich in den kommenden Monaten dieser Frage seiner Kritiker im Wahlkampf stellen und überzeugende Antworten finden müssen, wie die sozialen Auswirkungen der „Reagonomics“ für breite Bevölkerungsschichten zu mildern sind. Zwei Problemkreise werden die Reagan-Administration beschäftigen:

1. die Arbeitslosigkeit, die Firmenzusammenbrüche und die anhaltende Rezession;
2. der Rüstungswettlauf und das Verhältnis zur Sowjetunion sowie damit zusammenhängend die Frage einer außenpolitischen Stabilität, die den Frieden ermöglicht.

Die wenigsten Prognosen für die Wirtschaft sind derzeit ermutigend, ein Sachverhalt, der das Bewußtsein der Öffentlichkeit für die Problematik der Rüstungspolitik — insbesondere hinsichtlich ihrer Kosten — geschärft und der von den Kirchen unterstützten Friedensbewegung Auftrieb gegeben hat. Verzweiflung jedoch herrscht nicht an der Jahreswende. Das pragmatische Naturell der Amerikaner in Verbindung mit einem erheblichen Maß an Eigeninitiative läßt hoffen, daß die USA in der Lage sein werden, auch diese — wie Reagan es genannt hat — schwerste Rezession seit 40 Jahren zu überwinden.

Dirk Sager: Moskau: Zwischen Frost und Tauwetter

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 1/83, S. 10—13

Für den sowjetischen Bürger ist der Rückblick auf die fast zwanzig Jahre dauernde Ära Breschnew kein Blick zurück im Zorn. Auch wenn Chruschtschows Verheißung, den Westen bis 1980 im Lebensstandard einzuholen, nicht eingetroffen ist, so hat sein Nachfolger Breschnew das Land doch ein Stück vorangebracht. Die Ära Breschnew vermittelte den sowjetischen Bürgern die unbekanntere Erfahrung einer langsamen Normalisierung des Lebens, wenn man sich dabei die Vergangenheit des Landes unter der Herrschaft der Zaren und Stalins vergegenwärtigt.

Der Mann, dem heute die Schlüsselrolle bei der Lösung der vielfältigen Probleme des Landes im Innern wie auch auf außenpolitischem Gebiet zufällt, ist einer breiten Öffentlichkeit bisher unbekannt geblieben. Im Gegensatz zu seinem Vorgänger steht er in dem Ruf, ein Vertreter klarer Prinzipien zu sein, die es ihm nicht gestatten, das Bild von der Realität zu verzeichnen. Für den Westen ist von Bedeutung, daß er der Entspannungspolitik eine Zukunft verheißen hat und daß für ihn die wichtigsten Gesprächspartner außerhalb der östlichen Welt die Amerikaner sind.

Klaus-Peter Schmid: Das neue Frankreich — eine Illusion?

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 1/83, S. 14—18

Der politische Erdbeben des Frühjahrs 1981 hat sich ohne das von vielen beschworene Chaos vollzogen. Wenn sich für den Alltag der Franzosen auch wenig geändert hat, sind bereits heute Weichen für Jahrzehnte gestellt worden. Verstaatlichungen, Dezentralisierung, Sozialreformen haben das Gesicht Frankreichs nach 500 Tagen linker Regierung stärker verändert als in den sieben Jahren unter Präsident Giscard.

Auffallend ist die Kontinuität im Wandel. Das gilt für die in der Verfassung der Fünften Republik definierten staatlichen Institutionen. Präsident Mitterrand füllt sie voll aus; seine Autorität ist unbestritten. Er hat zudem an gaullistische Traditionen (wie nationales Pathos und die Berufung auf die „France profonde“) angeknüpft. Auch die außenpolitischen Allianzen und das Verhältnis zu den Partnern werden weitergeführt. Das gilt vor allem für die Kooperation mit der Bundesrepublik.

Drastisch revidieren mußte Frankreich angesichts der weltweiten Krise seine Wirtschaftspolitik. Auf ein Jahr sozialer Großzügigkeit und starker Verschuldung folgte nach der zweiten Franc-Abwertung eine harte Politik der Austerität. Im Mittelpunkt steht eine vom Staat kontrollierte Bremsung der Preise und Löhne. Der Rückgriff auf die jahrhundertalte Tradition des Colbertismus hat die Gefahr von Dirigismus und Protektionismus verstärkt.

Von der Aufbruchstimmung der ersten Monate ist der Wille zum Wandel geblieben. Doch er stößt sich an den ökonomischen Zwängen. Die Ernüchterung vieler linker Wähler ist unverkennbar. Doch Mitterrand hat noch bis 1988 Zeit, um an seinen Zielen zu arbeiten.

Karl Heinz Wocker: Britannia in Seenot?

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 1/83, S. 19—25

Trotz der Stürme, vom Falkland-Krieg bis zur Arbeitslosigkeit von mittlerweile annähernd vier Millionen, ist die Gefahr eines Kenterns des britischen Staats- bzw. Regierungsschiffs nicht in Sicht. Der unbeirrbar wirtschaftspolitische Kurs Frau Thatchers hatte sicherlich so manches Unternehmen und noch mehr Arbeitslose zum Opfer, aber andererseits ist damit endlich die Inflationsrate gedrosselt worden. Ansonsten ist der politische Horizont eher dunkel: der EG-Beitritt vor genau zehn Jahren hat keine neuen Perspektiven eröffnet — im Gegenteil, es wird immer mehr über einen Austritt diskutiert; auch im Nordirland-Konflikt zeichnet sich keinerlei Lösung ab; die Spannungen zwischen Gewerkschaften und Unternehmen verschärfen sich zusehends. Da aber weder Labour noch die neue Sozialdemokratische Partei massenweise personelle oder sachliche Alternativen anzubieten haben, ist es gut möglich, daß das Kabinett Thatcher über vorgezogene Wahlen etwa im Herbst sich seinen entschiedenen Kurs bestätigen läßt.

Hermann Vinke: Japan: Mythos und Automation

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 1/83, S. 26—30

Der Amsantritt des neuen japanischen Ministerpräsidenten Yasuhiro Nakasone bedeutet für das ostasiatische Land nicht nur eine Zäsur, sondern möglicherweise den endgültigen Bruch mit Prinzipien, die seit Kriegsende Gültigkeit haben. Nakasone will die nach 1945 auferlegte Selbstbeschränkung in Verteidigungsfragen mit Unterstützung der Amerikaner aufgeben und die auf Pazifismus angelegte Verfassung revidieren. Der Widerstand gegen diese Pläne bei der Bevölkerung, die die Schrecken des Krieges nicht vergessen hat, sowie die zerrütteten Staatsfinanzen und die sich verschlechternde Wirtschaftslage stehen den Aufrüstungsplänen allerdings entgegen.

In den kommenden Monaten werden Fragen der inneren Stabilität und der äußeren Sicherheit in der öffentlichen Auseinandersetzung eine wichtige Rolle spielen. Von einer Wirtschaftskrise kann allerdings im Augenblick noch keine Rede sein: Die japanische Handelsbilanz ist nach wie vor positiv, der Export garantiert weiterhin einen beachtlichen Auftragsbestand, auch wenn die Krisensymptome nicht zu übersehen sind, denn in vielen Bereichen stoßen die Produzenten mit ihren Waren auf gesättigte Märkte und die bislang schier grenzenlose Konsumbereitschaft der Japaner läßt nach. Außerdem ist Japan für die Krise besser gerüstet als vergleichbare westeuropäische Länder. Die Industrieanlagen der Hersteller von Massenwaren befinden sich auf dem modernsten Stand. Die Anstrengungen bei der Rationalisierung und der Automatisierung schufen Wettbewerbsvorteile, von denen Japan noch eine ganze Zeitlang zehren kann.